



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 06. Juli 2020**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

43. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr.
Ende der Sitzung: 18.12 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 42. Sitzung des Gemeinderates vom 25.05.2020 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 25.06.2020 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfragen

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend Maurer Deponie Verf-015-W-14-2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. In der Presseaussendung der Stadt Wels vom 19.5.2020 wird behauptet, der Stadt Wels sei „im Zusammenhang mit der Nutzung der Maurer Mülldeponie kein Fehlverhalten vorwerfbar“. Stehen Sie persönlich voll und ganz hinter dieser Aussage?
2. Die Stadt Wels wurde im wasserrechtlichen Bewilligungsbescheid vom 5.11.1964 dazu verpflichtet, „das gesamte der Müllschüttung dienende Gelände so einzuzäunen, dass jede unbefugte Zufuhr und Ablagerung von Müll unmöglich ist.“ Dies ist jedoch nie geschehen, wodurch eine Ablagerung von Müll von unbefugter Seite möglich war. War das Ihrer Meinung nach kein Fehlverhalten?
3. Der Bescheid verbietet „die Ablagerung von Mineralölen, deren Produkte und Rückstände“. Dennoch befinden sich in der Deponie u.a. auch Ölfässer, obwohl der Bescheid verlangt, dass mit der Einhaltung der Auflagen eine verlässliche Person betraut werden muss. Dass diese dennoch deponiert worden sind, war das kein Fehlverhalten?
4. Sollten diese Ablagerungen illegal erfolgt sein stellt sich die Frage der Sorgfaltspflicht. Der Bescheid verpflichtete die Stadt Wels dazu während der Öffnungszeiten der Mülldeponie Aufsichtsorgane zu beschäftigen und während der übrigen Zeiten den Zugang zur Deponie verlässlich zu sperren. Wenn die Stadt Wels

diese Auflagen ihrer Meinung nach eingehalten hat, wie erklären Sie sich dann illegale Ablagerungen von teilweise hochgefährlichem Industrie- und Gewerbemüll?

5. Im Bescheid heißt es: „Die Beendigung der Müllschüttung ist der Wasserrechtsbehörde anzuzeigen.“ Wann ist diese Anzeige erfolgt?
6. Die Stadt Wels hat – obwohl nicht Eigentümer des Grundstücks – das Areal der Deponie an einen Landwirt zur Nutzung verpachtet. Worauf gründet sich das Recht einen solchen Pachtvertrag einzugehen? Wenn ein Pachtzins verlangt wird, wie hoch ist dieser? Wenn keiner verlangt wird, warum ist dies nicht der Fall?
7. Aufgrund dieses Pachtvertrags werden auf dem Gelände seit Jahrzehnten landwirtschaftliche Produkte angebaut und geerntet, obwohl die Deckschicht über der Mülldeponie teilweise nur 20 cm mächtig ist. Können Sie eine Gesundheitsgefährdung durch die hier geernteten Produkte ausschließen?

Bgm. Dr. Rabl: Ich erlaube mir diese Anfrage unverzüglich zu beantworten.

Antwort zu Frage 1.: Herr Maurer hat im Jahr 2017 schadenersatzrechtliche Ansprüche auf Naturalrestitution und der Haftung der Stadt Wels beim Landesgericht Wels gerichtlich geltend gemacht. Das Klagebegehren wurde in I. Instanz abgewiesen. Dagegen wurde eine Berufung erhoben. Das Klagebegehren wurde auch in II. Instanz abgewiesen. Die Klage ist daher insgesamt abgewiesen und der Stadt Wels wurde keinerlei Haftungsanspruch auferlegt. Nach diesem Urteil ist der Stadt Wels daher kein Fehlverhalten vorwerfbar. Ich selbst habe dazu keinerlei Wahrnehmung, weil zu dieser Zeit war ich noch nicht auf der Welt, weshalb ich diesbezüglich auch keine eigene Wahrnehmungen wiedergeben kann.

Darüber hinaus ist Grundlage für die Beantwortung dieser Frage der wasserrechtliche Bewilligungsakt sowie der Kollaudierungsbescheid des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 16.3.1970 samt Protokoll der mündlichen Verhandlung. In diesem Bescheid wurde von der zuständigen Behörde festgestellt, dass die Müllschüttung mit der erteilten Bewilligung im Wesentlichen übereinstimmend ausgeführt wurde. D.h. bereits 1970, als wir die Mülldeponie zurückgegeben haben als Stadt, hat die damalige Behörde festgestellt, dass uns kein Fehlverhalten vorwerfbar ist. Auch da war ich nicht dabei.

Antwort zu Frage 2.: Gemäß Auflagenpunkt 8. des wasserrechtlichen Bewilligungsbescheides war das gesamte, der Müllschüttung dienende Gelände so einzuzäunen, dass jede unbefugte Zufuhr und Ablagerung von Müll nicht möglich ist. Da haben sie völlig Recht. Diese Bescheidaufgabe gab es. Wie dem Protokoll der wasserrechtlichen Kollaudierungsverhandlung vom Jahr 1970 zu entnehmen ist, konnte schon zum damaligen Zeitpunkt dieser Auflagepunkt nicht mehr nachträglich überprüft werden. Aber nach den Angaben der damaligen Vertreter der Stadt Wels wurde dieser eingehalten. Mit der Aufsicht waren die Herren Amtsräte Ludwig Gruber und Raimund Steindl beauftragt. Diese gaben das damals zu Protokoll. Ich kann ihnen daher auch nicht sagen, ob dies damals tatsächlich eingehalten worden ist oder nicht. Diese beiden Amtsräte – ich habe keinen Zweifel an ihren Aussagen – sagen es wurde eingehalten. Mehr kann ich dazu auch nicht sagen, so steht es im Protokoll.

Antwort zu Frage 3.: Dieser Auflagenpunkt wurde nach den Angaben der Vertreter des Konsensinhabers bei der Kollaudierungsverhandlung 1970 eingehalten. Der Stadt Wels ist also hier kein Fehlverhalten vorzuwerfen und ich habe keinen Grund an den Aussagen dieser beiden Amtsräte zu zweifeln. Selbst habe ich dazu ebenfalls keinerlei Wahrnehmung.

Antwort zu Frage 4.: Die Stadt Wels – das wurde auch gerichtlich festgestellt – hat alle Bescheidaufgaben eingehalten, der Stadt Wels ist daher auch kein Fehlverhalten vorwerfbar. Eine Erklärung für eine mögliche illegale Ablagerung kann unter Umständen damit begründet werden, dass die Nutzung als wilde Mülldeponie vor bzw. nach der Nutzung durch die Stadt Wels erfolgte. Aber auch dazu habe ich keine Wahrnehmung, es ist eine reine Spekulation meinerseits. Ich kann dazu einfach keine Auskunft geben. Ich verweise nochmals auf das Protokoll des Landes, in dem festgestellt wird, dass die Vorschriften und Auflagen durch die Stadt Wels im Wesentlichen eingehalten wurden.

Antwort zu Frage 5.: Die offizielle Beendigung der Müllschüttung wurde dem Landeshauptmann Oberösterreich als zuständige Wasserrechtsbehörde mit Schreiben vom 5.12.1969 nachweislich angezeigt. Gleichzeitig wurde seitens der Konsensinhaberin um Durchführung des wasserrechtlichen Kollaudierungsverfahrens angesucht. Das ist jenes, welches mit Bescheid aus dem Jahr 1970 beendet und festgestellt wurde, dass wir die Auflagen im Wesentlichen eingehalten haben.

Antwort zu Frage 6.: Ich weiß nicht, woher sie diese Information haben Herr Mag. Teubl. Nach den uns vorliegenden Quellen gibt es keinen Pachtvertrag zwischen der Stadt Wels und einem allfälligen Landwirt. In der Folge wird auch kein Pachtentgelt entrichtet und wir haben auch gar keinen Rechtstitel einen Pachtvertrag abzuschließen. Daher habe ich keine Information über ein Pachtverhältnis. Das Gerücht hörte ich schon einmal, ich glaube es war von ihnen, wo sie sagten, es gibt einen Pachtvertrag. Ich kann dazu keine Wahrnehmungen mitteilen von Seiten der Stadt Wels. Vielleicht wird dieser Vertrag einmal vorgelegt.

Antwort zu Frage 7.: Wie gesagt, es gibt keinen Pachtvertrag. Bezüglich Gesundheitsgefährdung durch die geernteten Produkte habe ich keine Wahrnehmungen. Mir werden solche Produkte weder vorgelegt noch habe ich eine andere Grundlage zu beurteilen, ob daraus irgendwelche Gesundheitsschäden resultieren oder nicht. Auch persönliche Wahrnehmungen habe ich dazu keine. Ich kann also diese Frage nicht beantworten.

Zusatzfrage von GR. Mag. Teubl: Dass in diesem Raum jetzt sooft diese schöne Formulierung „ich habe dazu keine Wahrnehmung“ verwendet wurde, erfüllt mich mit großer Freude, inzwischen ist das ja schon Folklore in Österreich geworden. Wir beabsichtigten keineswegs ihnen persönlich ein Fehlverhalten vorzuhalten, deshalb ist auch die Aussage „ich war nicht dabei“ meines Erachtens keine Antwort auf meine Frage. In ihrer Position als Vertreter der Stadt Wels vertreten sie natürlich auch die Stadt Wels im Hinblick auf Dinge, die vor ihrer Amtszeit passiert sind.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Mag. Teubl – ich unterbreche sie nur kurz und ungern – sie haben das Recht auf eine Zusatzfrage, die sich auf einen Hauptgegenstand beziehen muss. Ich würde sie ersuchen diese Frage zu stellen und keine Reden zu halten. Sie können sich dazu in der Aktuellen Stunde melden.

GR. Mag. Teubl: Unter Punkt 3. haben sie beantwortet, dass sie zu den dort befindlichen Ölfässern keine Wahrnehmung haben. Das muss ich allerdings doch etwas in Frage stellen, da ich persönlich anwesend war wie sie und StR. Lehner diese Ölfässer persönlich in Augenschein genommen haben. Also hier wird auf jeden Fall eine Wahrnehmung dagewesen sein.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Mag. Teubl, seien sie so nett, stellen sie ihre Zusatzfrage.

GR. Mag. Teubl: Meine Frage lautet, ob sie bei diesem Lokalaugenschein der Maurer-Schottergrube tatsächlich diese Ölfässer nicht gesehen haben?

Bgm. Dr. Rabl: Danke für diese Zusatzfrage. Ich möchte richtigstellen: Die Antwort auf die Frage 3. war wie folgt: Dieser Auflagenpunkt (Ölfässer) wurde nach Angaben der Vertreter der Konsensinhaberin bei der Kollaudierungsverhandlung eingehalten. Der Stadt Wels ist kein Fehlverhalten vorwerfbar (lt. Protokoll vom 02.03.1970). Ich habe bei dieser Frage in keiner Weise geantwortet, dass ich dazu keine Eigenwahrnehmung habe. Deswegen auch hier die Antwort auf ihre Frage: Als wir gemeinsam bei diesem Termin waren sind Fässer aus diesem ungefähr 10 m tiefen Loch herausgeholt worden mit einem Bagger. Ich kann den Inhalt dieser Fässer nicht beurteilen. Es hat sich ein durchaus übler Geruch verbreitet, aber was konkret diesen üblen Geruch verursachte oder was Inhalt dieser Fässer war entzieht sich meiner Wahrnehmung. Ich bin kein Chemiker oder sonstiger Werkstoffexperte, um das beurteilen zu können. Also ob es Ölfässer oder andere Fässer waren, weiß ich nicht. Es waren jedenfalls Fässer aus Metall. Das kann ich ziemlich sicher sagen.

Anfrage von GR. Mag. Daniela Schindler gemäß § 10 GOGR an
StR. Margarete Josseck-Herdtsch betreffend Personalsituation
in Welser Kinderbetreuungseinrichtungen
Verf-015-W-15-2020

1. Bei wie vielen Pädagoginnen in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen wurde ab März 2020 das Beschäftigungsverhältnis gelöst?
 - Wie unterteilt sich das Verhältnis in Lösung durch Dienstgeberin, Dienstnehmerin, einvernehmlich bzw. bei wie vielen davon lief ein befristeter Vertrag aus?
 - Welches Stundenausmaß umfassten diese Lösungen pro Dienstnehmerin?
2. Bei wie vielen Helferinnen in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen wurde ab März 2020 das Beschäftigungsverhältnis gelöst?
 - Wie unterteilt sich das Verhältnis in Lösung durch Dienstgeberin, Dienstnehmerin, einvernehmlich bzw. bei wie vielen davon lief ein befristeter Vertrag aus?
 - Welches Stundenausmaß umfassten diese Lösungen pro Dienstnehmerin?
3. Wie viele Integrationsgruppen gibt es aktuell in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen?

4. Wie viele dieser Integrationsgruppen sind gesetzeskonform besetzt und für wie viele Integrationsgruppen gibt es vom Land Oberösterreich Ausnahmegewilligungen, durch welche statt der Stützpädagogin eine Stützhelferin eingesetzt ist?
 - Welche Zeiträume umfasst bzw. umfasste die nicht gesetzeskonforme Besetzung pro Gruppe?
 - Welche Zeiträume umfasst bzw. umfasste die Ausnahmegewilligung pro Gruppe?
5. Wie viele Integrationsgruppen wurden bzw. werden aktuell nur von einer Pädagogin und ohne Helferin geführt?
 - Welche Zeiträume umfasst bzw. umfasste dies pro Gruppe?
6. In wie vielen Integrationsgruppen wurden bzw. werden die Stützkraftstunden durch die Einrichtungsleiterin abgedeckt?
7. Inwieweit werden den Pädagoginnen zusätzliche Vorbereitungsstunden für die Erstellung der Förderpläne abgegolten, wenn diese nicht durch eine Stützpädagogin erbracht werden können?
8. In welchem Maß wird die durch die Corona-Maßnahmen aufgewandte Zeit durch zusätzliche Personaleinheiten sowohl in den Gruppen als auch bei den Einrichtungsleitungen kompensiert?
9. In wie vielen Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Wels (inkl. Horten) wird aktuell noch mit weniger Personaleinsatz gearbeitet?
 - Bitte um Aufschlüsselung nach Einrichtung und Ausmaß
 - Ab wann werden wieder alle Stellen besetzt sein?

Bgm. Dr. Rabl: Frau StR. Josseck-Herdt wird diese Anfrage in der nächsten Sitzung des Gemeinderates beantworten. Die Zeit war zu kurz um diese umfangreichen Erhebungen tatsächlich durchzuführen.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Bgm. Dr. Rabl: Es gibt einen Beteiligungsbericht der Stadt Wels – diesen wird FD Dr. Barth demnächst versenden – wie jedes Jahr. In diesem ist ein Überblick über die Beteiligungen der Stadt Wels und deren Entwicklung enthalten.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Aktuelle Stunde

Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion hat zur Aktuellen Stunde das Thema „Gemeindefinanzen“ bekanntgegeben.

Bgm. Dr. Rabl: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Grund für diese Aktuelle Stunde zum Thema „Gemeindefinanzen“ ist ganz einfach. Auf der einen Seite möchte ich einen kurzen Überblick geben, wie sich die Finanzlage generell auch aufgrund von Corona entwickelt. Diese Entwicklung ist durchaus dramatisch. Auf der anderen Seite stelle ich fest, dass es immer wieder bzw. im Hinblick auf die Wahl mehr Anträge gibt bzw. geben wird, wo das eine oder andere verlangt und gefordert wird, das mit einer Ermäßigung/Erlassung von Gebühren verbunden ist oder sonst außergewöhnlich hohe Kosten auf die Stadt Wels zukommen lässt.

Die Finanzsituation im Überblick: Wir hatten eine dramatische Entwicklung alleine bei der Kommunalsteuer in den letzten drei Monaten - 1,3 Mio. Euro weniger Einnahmen als budgetiert. Wenn man von einem Wirtschaftseinbruch von 7 % ausgeht – das machen derzeit die herrschenden Wirtschaftsforschungsinstitute –, dann gehe ich davon aus, dass wir insgesamt ungefähr 3 – 4 Mio. Euro an Kommunalsteuereinnahmen verlieren werden.

Dann gibt es noch das zusätzliche Problem – das darf nicht verborgen bleiben - wir nehmen an, dass manche Unternehmen im Rahmen der Kurzarbeit zwar jetzt noch die Kommunalsteuer abführen, im Rahmen eines Jahresausgleichs aber dann sagen, zu dem und zu dem Zeitpunkt waren die Mitarbeiter in Kurzarbeit und holen sich diese Kommunalsteuer wieder zurück. D.h. für mich, der tatsächliche Abgang könnte vielleicht sogar noch etwas größer sein. Genaueres ist in diesem Zusammenhang noch immer schwierig zu sagen.

Die Bundesertragsanteile gingen alleine im Mai, Juni und Juli um 4,5 Mio. Euro zurück. Vielleicht um die Dramatik ein bisschen zu spüren: Nur im Juli minus 2 Mio. Euro. Das liegt natürlich auch daran, dass diese Stundungen der Steuerschulden auf der einen Seite und diese Hilfspakete - die ja eine entsprechende Größe haben - auf der anderen Seite zu insgesamt wesentlich weniger Steuereinnahmen führen. Das wiederum wird durchgereicht an die Städte. Wir haben daher zu rechnen mit Mindereinnahmen im Jahr von 10 – 15 Mio. Euro. Das ist der derzeitige Stand.

Derzeit ist auch noch nicht davon auszugehen, dass es im Jahr 2021 wesentlich besser wird. Vielleicht konnten sie es bereits den Zeitungen entnehmen, die AGRARIA wird für dieses Jahr abgesagt. Alleine daraus ist ein erheblicher Verlust für die Welser Messe verbunden. Das trifft uns auch als Stadt insgesamt hart, weil mit der AGRARIA immer Hotelbuchungen, Restaurantbesuche usw. verbunden waren. Also durchaus ein erheblicher Einschnitt für die Stadt Wels.

Wir bekannten uns schon zu Beginn der Corona-Krise dazu ein Investitionspaket zu beschließen, um einen Impuls für die Wirtschaft zu setzen. Nur diese Investitionen sichern tatsächlich Arbeitsplätze, weshalb wir uns dazu bekannt haben die im Doppelbudget beschlossenen Investitionen auch umzusetzen. Ich ersuche sie aber gleichzeitig um Verantwortungsbewusstsein, weil Schuldenmachen bedeutet in

Wirklichkeit das Problem auf nächste Generationen zu verschieben. Das ist aus meiner Sicht keine Lösung, um in dieser Krise nachhaltig für die Wirtschaft da zu sein, die Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Insgesamt glaube ich daher, dass wir gerade in diesen Zeiten die Notwendigkeit haben zusammenzustehen und Verantwortung zu übernehmen für diese Stadt. Das bedeutet auch Verantwortung für das Budget dieser Stadt gemeinsam zu übernehmen. Das als kurzer Überblick für sie.

GR. Mag. Sönser: Im letzten Finanz- und Präsidentalausschuss besprochen wir, dass das sog. Gemeindepaket mit 7,8 Mio. Euro in der Stadt Wels wirksam wird. Ist schon klar welche Projekte es in diesem Zusammenhang gibt bzw. wie man das Geld abholt? Wenn ja, welche Projekte werden wir umsetzen? Zum Thema Lärmschutz stehen Projekte an. Verwendet man diese Gelder dazu in der Stadt Wels Lärmschutzmaßnahmen umzusetzen?

Vzbgm. Kroiß: Danke, die Frage wird am Ende der Aktuellen Stunde beantwortet.

GR. Ganzert: Danke, Herr Bürgermeister, für diesen Überblick. Dies hätte man sogar ganz charmant unter den Mitteilungen des Bürgermeisters verpacken können. Kollege Mag. Sönser sprach eines ganz richtig an: Es gibt bereits Geld vom Bund. Auch im Verkehrsausschuss haben wir dazu einiges besprochen, wie Möglichkeiten für den Straßenbau betreffend Radwegenetz usw.

Die Gelegenheit möchte ich nutzen und erwähnen, dass zum Thema Gemeindefinanzen der Nationalratsclub der SPÖ ein klares Modell hat. Falls dies noch nicht alle kennen, es wird damit gerechnet, dass ca. 2,2 Mia. Euro durch die genannten Ausfälle den österreichischen Gemeinden fehlen werden. Die SPÖ rechnete sich aus und schlug pro gemeldeten Bürger – in Wels reden wir von ca. 60.000 Personen – eine Direktfinanzierung von 250 Euro vor – wenn ich das so rechnen darf sind es für Wels 15,406.500,-- Euro. Das entspricht der vom Bürgermeister angesprochenen Lücke von 10 – 15 Mio. Euro. Es ist einfach ein Gegenvorschlag zu dem eher komplizierten Modell, welches die Bundesregierung momentan wählt.

Es mag für die Stadt Wels finanziell leichter möglich sein so etwas auszugleichen, weil man sich generell leichter getan hat in den vergangenen Jahren ausgeglichen zu budgetieren und finanzieren. Schauen wir uns jedoch kleinere Gemeinden an, die jetzt schon Abgangsgemeinden sind oder sich ganz schwer tun ausgeglichen zu budgetieren, dann sieht man auch, dass das Anschlussfinanzierungen sind und man investieren muss, um eine Förderung zu bekommen. Das ist besonders für kleine Gemeinden sehr schwierig. Ich möchte dazu einladen mit den Kollegen im Nationalrat oder Landtag zu sprechen und unseren Vorschlag zu unterstützen. Das wäre auch für die Stadt Wels von Vorteil.

Mir fehlt das Bekenntnis - machen wir jetzt Schulden, ja oder nein? Wir haben uns alle zu den Beschlüssen des vergangenen Jahres bekannt, es ist ein Doppelbudget. Wir sagten bereits letztes Mal, wir finden es gut und richtig an den Finanzierungen des außerordentlichen Haushaltes festzuhalten. Was ist jedoch die genaue Zukunftsplanung? Könnte man das vielleicht noch konkretisieren?

Bgm. Dr. Rabl: Richtig ist, wir hätten das charmant verpacken können in den Mitteilungen des Bürgermeisters. Jedoch hättest du, lieber Stefan, dann keine Möglichkeit gehabt Fragen zu stellen – diese Möglichkeit wollte ich dir eröffnen.

Natürlich gibt es unterschiedliche Zugänge zu den Gemeindefinanzierungen. Zu guter Letzt stellt sich jedoch die Frage, wer das bezahlt. Wir haben eine gewählte Regierung mit einer Koalition. Selbst wenn ich mit deinen und meinen Abgeordneten rede und beide zustimmen, würden wir noch keine Mehrheit bekommen. Zumindest würde mich das wundern.

Wir haben uns gemeinsam zu den Schulden bekannt und dazu den Kaiser-Josef-Platz umzusetzen. Das wird ohne Schulden nicht gehen und ich gehe davon aus, dass wir Schulden machen müssen, kann dir jedoch noch nicht genau sagen in welchem Umfang. Das liegt wiederum daran wie sehr das Gemeindefinanzierungspaket schon schlagend wird und wie stark der Konjunkturunbruch tatsächlich ist. Diese beiden Komponenten sind für uns derzeit nicht abschätzbar. Was die Projekte für die Gemeindeförderungen betrifft haben wir uns natürlich schon schlaue gemacht. Ich habe jedoch bisher nur einen Entwurf der Umsetzungsrichtlinien gesehen, wo unterschiedliche Stände enthalten waren. Z.B. bestand die Frage, ob Gemeindestraßen mit diesem Gemeindefinanzierungspaket gefördert werden können oder nicht. Das ist jetzt offensichtlich klar – es ist möglich. Wir diskutierten aber heute schon darüber, dass wir den Kindergarten Lessingstraße mit Niedrigstenergiestandard bauen, damit eine Einreichung in diesem Zusammenhang möglich ist. Dazu müssen wir eine Photovoltaikanlage am Dach montieren, um diese Kriterien zu erfüllen. Das werden wir auch tun.

Wir können in gewisser Weise darauf reagieren, gehe aber davon aus, dass wir das über die Projekte relativ rasch zur Gänze ausschöpfen können, weil wir sowohl beim Kaiser-Josef-Platz Finanzierungsmöglichkeiten haben als auch beim Straßenbauprogramm und beim Kindergarten. Es wird also mehrere Möglichkeiten geben dieses Paket tatsächlich in vollem Umfang auszuschöpfen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

1.)

vordringlicher Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Schritte zur Bekämpfung der steigenden Jugendarbeitslosigkeit
Verf-015-I-14-2020

StR. Reindl-Schwaighofer: In der letzten Gemeinderatsitzung hatten wir bereits einen ähnlichen Antrag vorliegen und darüber debattiert. Wir entschieden uns einen Antrag mit ähnlichem Inhalt wieder einzubringen, weil in der Zwischenzeit nichts passierte. Der Herr Bürgermeister sprach es im Zusammenhang mit den Gemeindefinanzierungen gerade an, auf der wirtschaftlichen Ebene stehen wir vor einer sehr dramatischen Situation. Diese

Situation ist eigentlich einmalig – es wird prognostiziert, dass die Wirtschaftsleistung um 7 % sinken wird. Das sind in Österreich ungefähr 30 Mia. Euro, die sozusagen nicht erwirtschaftet werden. Die arbeitsmarktpolitische Bilanz ist desaströs. Rund 500.000 Menschen sind derzeit arbeitslos, 800.000 Menschen sind noch immer in Kurzarbeit. Wir wissen es wird gerade daran gebastelt diese Kurzarbeit zu verlängern, weil in manchen Branchen die Rückkehr zur Normalität noch sehr in den Sternen steht. Wer wagt einen Ausblick und ist sich sicher, dass die aus der Kurzarbeit kommenden Menschen auch wieder in die Arbeit gehen werden und nicht in die Arbeitslosigkeit?

Der Arbeitsmarkt ist das dramatischste Kapitel der Corona-Krise. Wir haben es mit einer Situation zu tun, wo die Bundesregierung wusste wie wir den Laden zusperrten, aber leider beim Aufsperrten sind die Rezepte relativ in den Sand verlaufen. Es ist zu befürchten, dass sich die Arbeitslosigkeit auch im nächsten Jahr festigen wird. Studien gehen davon aus, sie wird nicht unter 9 % sinken.

Aufgrund der Folgen der Pandemie sind wir in einer sozialen und wirtschaftlichen Krise, die wir seit 1946 nicht mehr erlebt haben. Viele von ihnen können Geschichten erzählen von eigenen Geschäften, von der eigenen Firma, von Freunden, Bekannten oder Familienangehörigen. Es geht uns um eine aktive Unterstützung der Wirtschaft und der Beschäftigten – an der geht kein Weg vorbei!

Genauso wie viele Menschen Gefahr laufen aus der Kurzarbeit in die Arbeitslosigkeit gedrängt zu werden, so werden wir noch sehen wie viele Unternehmen nach den Kreditstundungen und Zahlungsaufschüben bei Steuern und Sozialversicherung ihre Tätigkeit wirklich wieder fortsetzen werden können. Hier droht eine Welle von Insolvenzen. So punktgenau und rasch wie bei der Kurzarbeit die Maßnahmen gegriffen haben, ist es leider bei den Hilfgeldern, die bürokratisiert und zu spät ausbezahlt worden sind, schon nicht mehr so locker gegangen. So manche Hilfszahlung ist nie oder noch immer nicht bei den Betroffenen angekommen. So muss man sich vorstellen – im März haben wir den Laden zugesperrt und letzte Woche wurde erst für Sozialhilfeempfänger das 13 Mia. Euro-Überbrückungshilfe-Angebot auf den Weg gebracht. Vor Mitte/Ende Juli wird keine dieser betroffenen Familien Geld sehen.

Die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, die von allen Experten als notwendiger Schritt gesehen wird, wird mit einer Abschlagszahlung abgetan. D.h. wir lassen viele Menschen mit der nichtselbstverschuldeten Problematik alleine.

Sehr geehrte Kollegen, 10.000 Jugendliche haben zur Zeit keine Perspektive für den Ausbildungs- oder Berufseinstieg. 10.000 Jugendliche – ich zitiere gerne den Vorsitzenden der Gewerkschaftsjugend, der sagt, das sind 200 Autobusse mit 50 Jugendlichen, die in die Perspektivlosigkeit fahren. Wer von ihnen ist sich sicher, dass nicht eigene Kinder, Enkel, Freunde, Nachbarkinder dabei sind, die jetzt von uns mitgeteilt bekommen, dass sie eigentlich keine berufliche Perspektive haben?

Warum ich das jetzt so dramatisch sage ist, jeder Tag, den wir warten und uns selber Einreihen beim Entwickeln von Maßnahmen ist ein verlorener Tag, nimmt den Jugendlichen die Zukunftschancen und macht es schwieriger Maßnahmen zu ergreifen, die Sinn machen. Wer heute den Standard gelesen hat kennt den Artikel „Corona-Krise trifft Jüngere besonders hart“. Da geht es um die Altersgruppe der 24- bis 29-Jährigen, die sehr häufig noch nicht so lange in den Firmen arbeiten und darum die ersten sind, die

von den Firmen gekündigt werden. Jetzt haben wir es mit einer Situation zu tun, dass - wenn wir nicht aufpassen - wir eine verlorene, wenn nicht mehrere verlorene Generationen produzieren.

Ich ersuche sie gemeinsam als Stadt – so wie es wir schon getan haben nach der Finanzkrise - die Verantwortung wahrzunehmen und zu sagen wir müssen Schritte für unsere Jugend, für unsere jungen Menschen, für Menschen, die in Ausbildung gehen wollen, ergreifen und sie unterstützen. Beschließen wir diesen Antrag gemeinsam. Nur so werden wir auch gemeinsam unserer Verantwortung, die wir als Kommunalpolitiker haben, gerecht. Junge Menschen an der Schwelle zum Berufseinstieg und zur Ausbildung brauchen eine Chance. Es gibt vielfältige Möglichkeiten ihnen diese Chancen zu geben. Nehmen sie sich ein Herz, beschließen wir gemeinsam diesen Antrag, verweisen sie ihn nicht an den Ausschuss, weil sie ganz genau wissen, sie können vielleicht auch für ihre Kinder, Enkelkinder oder Nachbarkinder etwas Gutes tun. Ich ersuche sie diesen Antrag zu unterstützen.

StR. Lehner: Lieber Johnny Reindl-Schwaighofer, zuerst einmal Dankeschön für das Lob an der Regierung. Es passiert sehr selten, dass du die ÖVP (wahrscheinlich weil sie mit den GRÜNEN in einer Koalition sind) lobst, denn du sagtest, dass diese Gesundheitskrise (die Corona-Krise ist primär eine Gesundheitskrise, der Anlass all dieser Dinge ist ein Virus) von der Regierung bestens gemeistert wurde, besser wie in anderen Ländern.

Als Folge dieser Corona-Krise haben wir jetzt eine massive Wirtschaftskrise, gibt es viele Bereiche in der Wirtschaft mit massiven Einbrüchen. Von dieser Stelle auch ein Dankeschön an die Unternehmer, die nämlich sehr verantwortungsvoll umgehen und die Kurzarbeitszeitmodelle nutzen. Das ist eine Maßnahme, die von den Sozialpartnern entwickelt wurde und darauf abzielt langfristig die Menschen in Beschäftigung zu halten. Aber die Unternehmer sind es auch, die sehr sorgfältig damit umgehen Mitarbeiter frei zu setzen. Es ist richtig und dramatisch, dass dies primär Jugendliche oder junge Mitarbeiter sind, die von diesen Freisetzungen betroffen sind. Denn als Unternehmer werde ich nicht den Vater oder die Mutter mit kleinen Kindern freisetzen, sondern es ist halt leider so, dass es aus der Verantwortung heraus jene sind, die gerade erst ins Unternehmen gekommen sind und noch keine Verantwortung haben.

Das ist eine große Herausforderung, der wir uns gemeinsam stellen müssen. Aber es wird uns nicht gelingen mit irgendwelchen Beschäftigungsprogrammen im Sinne von Werkstätten diese Jugendlichen in der jetzt betroffenen Dimension von der Arbeitslosigkeit wieder zu befreien. Es kann nur dann geschehen, wenn es uns gemeinsam gelingt die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Wenn uns ein Wiederhochfahren der Wirtschaft gelingt, wie wir es derzeit im Bereich des Freizeittourismus in Österreich spüren. Die Österreicher buchen die Quartiere in den Freizeitdestinationen und dort ist sozusagen bereits ein massiver Rückgang der Arbeitslosigkeit spürbar.

Das trifft auch die anderen Wirtschaftszweige. Dort braucht es Impulse, dort braucht es - wie es der Herr Bürgermeister heute schon sagte - idealerweise Steuersenkungen und andere Maßnahmen, die es den Jugendlichen ermöglicht in die Jobs zurückzufinden. Ich sehe es selbst in meinem Umkreis, im Freundeskreis meiner Tochter, es sind die Burschen und Mädels von einer gewissen Ratlosigkeit betroffen, weil sie nicht wissen,

wie sie nach Abschluss einer Ausbildung eine Arbeit bekommen. Sie finden momentan nicht oder nur sehr schwer Arbeit. Sie wissen auch nicht wo in der Zukunft die großen Berufschancen liegen. D.h. ja, verantwortungsvoll weiterschauen wie wir die Jugendlichen unterstützen können, diskutieren und vor allem die Wirtschaft in Schwung bringen. Das ist jetzt unsere Aufgabe. Dafür sollten wir auch in der Stadt kämpfen, dass wir die Betriebe, die sich in Wels ansiedeln wollen, die in Wels wachsen wollen gemeinsam unterstützen und motivieren. Das können wir gemeinsam am besten tun - unternehmerisches Handeln in Wels wertschätzen und unterstützen. Dazu rufe ich als Wirtschaftsreferent ganz intensiv auf.

GR. Stojanovic, BSc: Das Thema Jugendarbeitslosigkeit ist sehr wichtig. Dieses Thema wird bereits im zuständigen Ausschuss diskutiert und aus diesem Grund, weil es eben besonders wichtig ist und aus dem Antrag nicht wirklich explizit hervorgeht welche Schritte wir als Stadt umsetzen sollen, stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Stojanovic, BSc auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 1) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 20 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
11 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Zaubmüller ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

2.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Begegnungszone Rainerstraße
Verf-015-I-12-2020

GR. Mag. Teubl: Wie sie wissen verfolgen die GRÜNEN schon seit vielen Jahren, ich möchte fast sagen Jahrzehnten, das Ziel die Lebens- und Aufenthaltsqualität im Stadtzentrum durch Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung zu verbessern. Kollegin MMag. Rumersdorfer gab in der letzten Gemeinderatsitzung einen kleinen historischen Überblick dazu. Es waren sehr verschiedene Anträge. Einmal versuchten wir die Fußgängerzonen auszuweiten, ein anderes Mal schlugen wir am Stadtplatz eine temporäre Fußgängerzone als Testlauf beispielsweise in der Weihnachtszeit zu installieren vor und

zuletzt haben wir den Gemeinderat mit einem Antrag zur Schaffung einer temporären Begegnungszone in der gesamten Innenstadt versucht ein Stückchen Verkehrsberuhigung in unserer Stadt zu erreichen.

Dieser Antrag wurde wie gesagt in der letzten Gemeinderatsitzung am 25. Mai 2020 gestellt, ich weiß nicht warum er es bis zum 23.06.2020 noch nicht in den zuständigen Verkehrsausschuss schaffte, vielleicht ist er irgendwo in den Gängen des Rathauses hängen geblieben.

Das Ergebnis dieser Anträge ist immer das Gleiche: Abwürgen nach einer ernsthaften Diskussion in einen Geschäftsordnungsantrag und damit die Verweisung des Vorhabens in den Verkehrsausschuss, wo es dann still und heimlich beerdigt wird.

Heute also ein Antrag auf eine Begegnungszone in einem räumlich sehr eingeschränkten Bereich, nämlich in der Rainerstraße, zwischen Rablstraße und Eisenhowerstraße. Warum stellen wir diese Forderung auf? Die Stadt Wels plant, wie in einer Pressekonferenz Mitte Juni dargestellt wurde, eine Begegnungszone im südlichen Bereich der Rainerstraße, also zwischen Rablstraße und Kaiser-Josef-Platz und außerdem in der nördlichen Pfarrgasse, also zwischen Kaiser-Josef-Platz und Ringstraße. Begründet wird dies in der Presseunterlage u.a. mit der positiven Erfahrung dieser Art der Verkehrsberuhigung. Wie man sich zu dieser Behauptung versteigen konnte, ist mir allerdings schleierhaft. Machten wir tatsächlich positive Erfahrungen mit diesen beiden Begegnungszonen? Unsere sogenannten Begegnungszonen beim Busbahnhof am Kaiser-Josef-Platz und in der südlichen Pfarrgasse – so meine ich – taugen höchstens als abschreckendes Beispiel. So hat Kollege Weidinger aus einer vergleichenden Studie des Kuratoriums für Verkehrssicherheit in der letzten Sitzung zitiert, welche der Begegnungszone am Busbahnhof das schlechteste Zeugnis aller untersuchten Begegnungszonen ausstellte. Mehr als die Hälfte der Autos fahren zu schnell und Fußgänger werden von 40 % der Autofahrer ignoriert. Also eine Begegnungszone, in der jede Begegnung mit einem Auto eine hochgradige Gefahr für die Fußgänger darstellt.

Warum das so ist, ist ganz logisch. Es ist nämlich auch nur der Verordnung nach eine Begegnungszone. Die bauliche Gestaltung widerspricht hingegen vehement den Grundsätzen, die für eine Begegnungszone als gültig anzusehen sind. Deshalb galt im Bereich der sog. Wurstinsel ja auch mit gutem Recht bis vor einigen Jahren ein Fahrverbot. Doch dann kam der damalige Verkehrsreferent Gerhard Kroiß auf die grandiose Idee am Kaiser-Josef-Platz wieder Durchzugsverkehr zu ermöglichen und die billigste Art und Weise der Umsetzung dieser völlig unsinnigen Idee war es eben mit einem Taferl eine Begegnungszone auszurufen ohne sonst auch nur irgendetwas zu ändern.

Diese Maßnahme bedeutet keine Verkehrsberuhigung sondern ganz im Gegenteil, eine Verkehrsermöglichung und eine höchst gefährliche obendrein. Die zweite bisher bestehende Begegnungszone befindet sich in der südlichen Pfarrgasse. Auch diese kennen wir alle. Hier wurde zwar umgebaut, aber im Wesentlichen wurde nur ein neues Pflaster verlegt und sonst alles beim Alten gelassen. Gehsteige rechts und links, daneben parkende Autos und in der Mitte eine Fahrbahn. Wer das Schild übersehen hat, das am Eingang dieser Straße steht und auf eine Begegnungszone hinweist, kommt nicht auf die Idee, dass es sich um eine solche handeln könnte. Dementsprechend ist auch

das Ergebnis. Die Fußgänger bleiben brav auf den Gehsteigen, weil ihnen sonst von den Autofahrern der Vogel gezeigt wird, und die Autos fahren und stehen wie eh und je – fahren vielleicht jetzt etwas langsamer als vorher. Also auch dieses Beispiel ist meines Erachtens alles andere als eines mit positiven Erfahrungen. Selbst der Herr Bürgermeister meinte lt. OÖNachrichten, diese Begegnungszone werde viel zu wenig wahrgenommen was dazu führt, dass sich niemand an die Regeln hält. So ist es Herr Bürgermeister! Aber das soll offensichtlich nicht davon abhalten, dass man sich dieses missglückte Stück Verkehrsberuhigung nun auch gleich zum Vorbild für das neueste Projekt macht. In der nördlichen Pfarrgasse soll eine Begegnungszone entstehen, zu der es in der Presseunterlage heißt: Der Bereich zwischen Stelzhammerstraße und Ring ist analog gestaltet wie die bereits verordnete Begegnungszone der südlichen Pfarrgasse. Genau! Man braucht also nur mehr ein Taferl anzubringen und schon kann man sich mit einer weiteren Begegnungszone brüsten, die allerdings genauso wenig funktionieren wird, wie die südlich davon.

Dabei wüsste man es eigentlich besser. Denn in derselben Presseunterlage steht per Definition „... ist mit der Begegnungszone der gesamte Bereich zwischen den Hausfassaden gemeint. Keine Verkehrsart darf die andere behindern, Parken und Laden sind nur an speziell markierten Bereichen erlaubt bzw. vorgesehen.“

Nun also zur Rainerstraße: Dass dort eine Begegnungszone entstehen soll ist nachvollziehbar, wird doch mit dem neuen Amtsgebäude und dem AMS dort in Zukunft mehr Publikumsverkehr herrschen als bisher und auch der Zu- und Abgang zum Stadttheater würde durch eine Verkehrsberuhigung und eine entsprechend ansprechende Gestaltung des Vorplatzes sicher enorm gewinnen. Leider ist aber zu befürchten, dass auch hier die Pfarrgasse als Vorbild herhalten wird müssen, dass also die Dreiteilung Gehsteig/Parkplätze/Fahrbahn auch hier eine ähnliche Situation schaffen wird und damit eine echte Begegnung der Verkehrsteilnehmer verhindert wird.

Nichtsdestotrotz sind wir natürlich für diese Begegnungszone und dafür diese nicht nur dort einzurichten. StR. Hoflehner stellte in der letzten Gemeinderatsitzung seine Vision einer noch viel weiteren Ausdehnung von Begegnungszonen vor und nannte dabei den mittleren Teil des Kaiser-Josef-Platzes und die Rainerstraße bis zur Eisenhowerstraße u.a. Hier hacken wir ein. Wir GRÜNEN finden es unverständlich warum diese Begegnungszone bei der Rablstraße enden soll, warum zwar ein Amtsgebäude ein ausreichender Grund zur Verkehrsberuhigung sein soll, nicht aber ein Schulzentrum, welches Kinder ab dem 6. Lebensjahr beherbergt.

Den Medien zufolge dürfte Bürgermeister Dr. Rabl diese Idee des Verkehrsstadtrates nicht so gut finden, wird er doch in den OÖNachrichten zitiert mit der Aussage, die von den GRÜNEN geforderte Ausweitung bis zur Eisenhowerstraße scheitere u.a. am Widerstand der Bewohner im Raabhof. Wie sie wissen, meine Damen und Herren, befindet sich das Lokal der GRÜNEN Wels ebenfalls im Raabhof, sodass wir einen guten Draht zu den Bewohnern haben. Wir fanden niemanden, der sich über diese Absicht ernsthaft aufgeregt hätte. Aber es kommt wahrscheinlich immer darauf an mit wem man spricht. Eine Abstimmung oder Befragung unter den Bewohnern dieser Wohnanlage fand jedenfalls nicht statt, auch wenn die Aussage des Herrn Bürgermeisters eben dies suggeriert.

Wir entschlossen uns daher heute diesen Antrag auf Verlängerung der Begegnungszone Rainerstraße bis zur Eisenhowerstraße einzubringen. Uns ist bewusst, auch das ist nur eine Einzelmaßnahme und sie können sich sicher sein, wir werden weiterhin eine Verkehrsberuhigung in der gesamten Innenstadt anstreben und uns nicht zufrieden geben mit Stückwerken, wie es in diesen beiden Fällen wiederum realisiert wird. Jetzt aber geht es einmal darum diesem konkreten Projekt vielleicht doch noch eine Chance zu geben. Dabei zählen wir insbesondere auf die Unterstützung der Freiheitlichen, die ja lt. Bürgermeister Dr. Rabl richtige Fans von Begegnungszonen sind – lt. Aussage in der letzten Gemeinderatsitzung. Aber ich möchte auch die anderen Fraktionen dazu aufrufen unseren Antrag zu unterstützen.

GR. Weidinger: Es freut mich, dass sich die GRÜNEN zum Thema Begegnungszone eingehend beschäftigt haben. Bei der letzten Gemeinderatsitzung war das eindeutig nicht so. Es wurde dem jetzigen bzw. dem vorhergehenden Verkehrsreferenten vorgeworfen nicht gesetzmäßig gehandelt sondern nur Tafeln aufgestellt zu haben. Zu diesem Vorwurf muss man sich noch einmal zusammensetzen.

Die Begegnungszone hat einen eindeutigen Zweck, nämlich gemeinsames Miteinander von Fahrrädern, Fußgängern, Fahrzeugen, Autos, Zustelldiensten usw. Die Begegnungszone hat den Nachteil, dass sie viele Parkplätze wegnimmt. Diese ist in der Pfarrgasse doch ganz gut gelungen. Wie stellen sich die GRÜNEN das vor in der Rainerstraße? Dort befindet sich das Büro der GRÜNEN. Die GRÜNEN-Anhänger fahren alle mit dem Fahrrad, aber sie müssen sich eines vorstellen, das gilt immer bei allen Diskussionen – die Situation bei Umsetzung. Ich stelle mir vor, die Volksschüler kommen aus der Schule, fühlen sich sicher (die GRÜNEN suggerieren ja Sicherheit in der Begegnungszone) und laufen auf die Straße, es gibt ja keine ausgewiesenen Parkplätze. Was die Bewohner des Raabhofes dazu wohl sagen? Vergangenen Samstag sprach ich zumindest mit vier Bewohnern – diese lehnen alle diesen Vorschlag ab. Dass die Kinder der Volksschule in einer Begegnungszone sicher sind, ist ein Trugschluss, ein Wahnsinn und eigentlich ein völlig falscher Zugang. Die Untersuchungen 2017 ergaben eine schlechte Bewertung der Begegnungszone am Kaiser-Josef-Platz. Hier passiert etwas, was wir alle nicht wollen. Die ÖVP-Fraktion meint, die GRÜNEN fordern wieder nur ein Stückwerk.

Wir brauchen doch Parkplätze. Wenn wir den Menschen diese in der Innenstadt nehmen, müssen wir ihnen woanders Parkplätze anbieten. Wir wollen alle den Schutz der Kinder – das ist oberste Priorität - und für eine gewisse Sicherheit sorgen. Wenn ich von der Eisenhowerstraße abbiege und sofort in die Begegnungszone einfahre, sehe ich hier eine große Gefahrenquelle. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Verkehrsausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Weidinger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 2) in den Verkehrsausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

3.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2020/008

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Stadtsenat und im Finanz- und Präsidialausschuss am 23.06.2020:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und in den Anlagen 2 und 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
gegen 1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

4.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2020/009

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 23.06.2020:

Die beantragten Kreditübertragungen (Anlage 1) und Kreditüberschreitungen (Anlagen 2 und 3) werden genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
gegen 1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

5.)

Rechenzentrum; neuer Standort – Vergabe Housing;
Auftragsvergabe an die eww ag, Wels
IT-006-P-43-2018, miterledigt:
ZE-022-1-36-2020

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 23.06.2020:

Der Gemeinderat möge die Zuschlagserteilung Rechenzentrum an die Firma eww ag (eww ITandTEL), Wels, Stelzhamerstraße 27, betreffend Auslagerung Rechenzentrum und Betrieb und Herstellung WAN-Verbund in den nächsten fünf Jahren zu einem Gesamtpreis (inkl. USt.) von € 611.164,80 (netto € 509.304,00) beschließen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem gemäß § 47 OÖ. Bediensteten-Schutzgesetz 2017 eine Bedienstetenschutzkommission bzw. gemäß § 88 ArbeitnehmerInnenschutzgesetz ein Arbeitsschutzausschuss bestellt wird
- Neubestellung des Gremiums
DI-PersR-015-2015

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 23.06.2020:

Für die Mitarbeiter des Magistrates der Stadt Wels wird gem. § 47 Oö. Bediensteten-Schutzgesetz 2017 eine Bedienstetenschutzkommission und gem. § 88 ASchG ein Arbeitsschutzausschuss in nachstehender Zusammensetzung bestellt:

1. Als Vertreter der Gewerkschaft younion, Landesgruppe Oberösterreich:
Hans-Christian Köllner
Als Ersatzmitglied: Andreas Essert
2. Als Dienstgeber-Vertreter
Mag. Roman Gnadlinger
Als Ersatzmitglied: Hermann Fuchs
3. Als Mitglied der Personalvertretung:
Gottfried Greinecker
Als Ersatzmitglied: Harald Roschitz

4. Sprecher der Sicherheitsvertrauenspersonen (nur für die Zusammensetzung als Arbeitsschutzausschuss):
Judith Peck
Als Ersatzmitglied: Ingrid Flajsinger
5. Als Mitglied mit abgeschlossenem Studium der Technik oder der Naturwissenschaften:
DI. Mario Wiesinger, BSc
Als Ersatzmitglied: Ing. Christian Hess
6. Als Arbeitsmediziner:
Dr. Jürgen Meindlhumer
7. Als Sicherheitsfachkraft (nur für die Zusammensetzung als Arbeitsschutzausschuss):
Klaus Brandl

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatteerin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

7.)

Regionales Abfallwirtschaftsprogramm für die Stadt Wels – Anpassung
SD-Awi-813-003-2020

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 22.06.2020:

1. Das Regionale Abfallwirtschaftsprogramm für die Stadt Wels wird in der beiliegenden Endfassung beschlossen.
2. Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt, unter Bedachtnahme auf die gesetzlichen Vorgaben und finanziellen Möglichkeiten die notwendigen Teilprojekte zu erstellen bzw. erstellen zu lassen, um die schrittweise Umsetzung des Abfallwirtschaftsprogrammes sicherzustellen.

GR. MMag. Rumersdorfer: Die Petition habe ich als Pernaueerin und als GRÜNE unterschrieben. Wir stehen hinter diesem Abfallwirtschaftsprogramm, es sind große Herausforderungen, die auf uns zukommen mit dem EU-Ziel und dem Kreislaufwirtschaftspaket. Ich hoffe auf einen positiven Abschluss für das ASZ Pernaue.

GR. Kittenbaumer: Das Regionale Abfallwirtschaftsprogramm ist ein ambitioniertes Programm für die nächsten Jahre. In vielen Bereichen sind wir in der Stadt Wels bereits jetzt sehr gut unterwegs und ich möchte Danke sagen an das Technische Büro Hauer für die Erstellung dieses Programms. Mein Dank gilt auch dem gesamten Team in der Abfallwirtschaft, die jeden Tag dafür Sorge tragen, dass unsere wunderschöne Stadt Wels auch weiterhin sauber bleibt.

Dieses Programm zeigt aber auch, dass federführende Projekte, wie „Meine Rote Tonne“ – die Umweltreferentin erwähnte es bereits – wichtig sind und für die Stadt Wels ausgeweitet gehören. Im März 2019 sind bereits 300 Haushalte an dieses Projekt angeschlossen worden und soll bis 2025 annähernd auf 100 % ausgeweitet werden. Die Welser Bevölkerung nimmt dieses Projekt größtenteils positiv auf.

Die Vorteile dieses Holsystems liegen auf der Hand. Für die Welser ist diese Dienstleistung kostenlos. Alle Haushalte, welche diese Rote Tonne bereits haben, brauchen das Papier und die Kartonagenabfälle nicht mehr zur Sammelstelle bringen sondern können sie zu Hause in die Rote Tonne geben. Die Sammelstellen werden entlastet und unbequeme Ablagerungen vermieden. Das kommt dem Stadtbild zugute. Die Recyclingquote wird erhöht, das ist für die Stadt Wels sehr positiv. Die Qualität des recycelten Papiers wird ebenfalls erhöht.

Zum Altstoffzentrum Pernau: Als Pernauer ist es mir ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Zur Erinnerung – der Vertrag mit der Energie AG läuft mit 31.10.2020 aus. Wie bereits gesagt wurde, auch das Technische Büro Hauer hat sich für eine Weiterführung des ASZ ausgesprochen. Es ist essentiell für die Erreichung der EU-Ziele in Zukunft zwei Standorte zu betreiben. Auch für die Pernauer ist dieses besonders wichtig, deshalb bildete sich eine Bürgerinitiative, eine Online-Petition wurde gestartet. Mit Stand 04.07.2020, 15.00 Uhr, haben bereits 233 aktive und engagierte Bürger der Stadt Wels unterzeichnet. Das ist ein deutliches Signal dafür, dass wir Pernauer weiterhin direkt vor Ort in der Pernau ein Altstoffsammelzentrum brauchen und unseren Grünschnitt und anderen Müll nicht extra in das ASZ II transportieren möchten. Ich ersuche die Umweltreferentin Vzbgm. Huber sich stark dafür einzusetzen. Dazu braucht sie die Unterstützung unseres Finanzreferenten Bgm. Dr. Rabl.

GR. Paulusberger: Lieber GR. Kittenbaumer, vielen Dank für deinen Beitrag zum Thema ASZ Pernau. Auch ich als Pernauer wünsche mir Hausverstand und Weitsicht. Wir werden in den nächsten Monaten dauerhaft damit konfrontiert werden. Darum ersuche ich Vzbgm. Huber zu eruieren, in welcher Form eine Weiterführung des ASZ bestehen kann und welche Ausweichmöglichkeiten der Bürger hat, die keine Weltreise und keinen großen Aufwendungen bedeuten. Der nächste Umweltausschuss im Herbst würde sich für eine Diskussion anbieten. Lieber Christian, ich biete dir symbolisch meine Hand – suchen wir in unserem Stadtteil eine gemeinsame Lösung.

Vzbgm. Huber: Danke für diese positive Unterstützung. Als Umweltreferentin kann ich nur Dinge umsetzen, wenn es einen Finanzreferenten und Bürgermeister gibt, der dahinter steht und natürlich der Gemeinderat. Wenn ich so viele positive Signale erfahre bin ich ganz zuversichtlich, dass die Pernauer wieder ein ASZ erhalten werden.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

8.)

Geschäftsstelle für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Wels
nach dem OÖ. Abfallwirtschaftsgesetz; Maßnahmen- und Finanzplan 2020
SD-Awi-527-2020

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 22.06.2020:

Der vom Bezirksabfallverband Wels-Land, 4600 Thalheim, Am Thalbach 110, vorgelegte Maßnahmen- und Finanzplan 2020 wird in einem Rahmen von €€ 68.648,-- mit den monatlichen Akontozahlungen von €€ 5.721,00 - alle Beträge zuzüglich Umsatzsteuer, da vorsteuerabzugsberechtigt – genehmigt.

Einstimmig angenommen.

9.)

Tiergarten Wels; Sanierung der Guereza-Außenanlage;
Grundsatzbeschluss nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019
SD-TG-32-2020

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 22.06.2020:

Die Durchführung des Bauvorhabens „Sanierung Guereza-Außenanlage“ in der unter Punkt 1. des gegenständlichen Amtsberichtes dargestellten Art und Weise mit voraussichtlichen externen Kosten in Höhe von € 100.000,- zzgl. USt. sowie Eigenleistungen in Höhe von voraussichtlich € 15.000,-- wird grundsätzlich beschlossen.

GR. Mag. Brenner-Nerat: Der Tierpark ist über die Stadtgrenzen hinaus als Wohlfühloase bekannt. Es gibt dort viel zu entdecken und zu erleben. Er ist nicht nur bekannt weil kein Eintritt verlangt wird, sondern weil sehr viel geboten wird. Damit dies auch weiterhin so bleibt, spreche ich mich dafür aus, dass der vorhandene Masterplan weitergeführt wird, um in der Zukunft auch viel erleben zu können - so wie dies jetzt zugesichert wurde.

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr – zugesichert wurde nichts! Außer, dass der Tierpark das „Filetstück“ der Stadt Wels ist, welches Vzbgm. Huber in ihrem Ressort hat.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

10.)

Attraktivierung Friedenspark; Auftragsvergabe der
Tiefbauarbeiten an die STRABAG AG, Direktion AE Straßenbau, Linz
SD-StaG-49-2020 Mu

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 22.06.2020:

Beiliegende Zuschlagserteilung betreffend Tiefbauarbeiten für die Attraktivierung des Friedensparkes um einen Betrag von € 99.238,30 brutto inkl. USt an die Strabag AG, Direktion AE Straßenbau, 4030 Linz, Salzburgerstraße 323, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

11.)

Attraktivierung Pollheimerpark; Grundsatzbeschluss nach der
Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019
SD-StaG-49-2020 Ha

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 23.06.2020:

Die Durchführung des Bauvorhabens „Attraktivierung Pollheimerpark“ in der unter Punkt 1. des gegenständlichen Amtsberichtes dargestellten Art und Weise mit voraussichtlichen externen Kosten in Höhe von € 458.000,-- inkl. USt. sowie Eigenleistungen in Höhe von voraussichtlich € 127.000,-- wird grundsätzlich beschlossen.

GR. Scheinecker, BA: Wir diskutierten zum Pollheimerpark bereits Anregungen im Ausschuss, da die Planungen noch nicht finalisiert sind. Wir sollten einige Sachen noch mitbedenken. Im Pollheimerpark stehen nicht unwesentliche Denkmäler und er ist jährlich ein Platz für Gedenkkundgebungen. Insofern ersuche ich bei der weiteren Planung die jährlichen Kundgebungen anlässlich der Reichspogromnacht mitzubersichtigen, damit diese auch weiterhin stattfinden können. In dem im Ausschuss aufliegenden Plan waren die Wasserspiele sehr zentral gelegen, sehr weit vorne bei den Denkmälern. Im Sinne der jetzigen Nutzung des Parks sollte das miteingeplant werden. Nachdem dieser Vorschlag auf sehr offene Ohren stieß, freue ich mich auf den hoffentlich bald vorliegenden finalisierten Plan.

StR. Hoflehner: Ich finde es als gute Idee den Pollheimerpark wirklich zu einem Park zu gestalten. Was mir Sorge bereitet habe ich schon mit dir, liebe Christa, besprochen und der Teil betreffend die Höhe der Bepflanzung zur Pollheimerstraße wurde bereits vereinbart.

Ich möchte anregen sich noch einmal mit der Verkehrsplanung zusammzusetzen, weil die Schrägparker in der Pollheimerstraße jetzt schon keine wirklich gute Lösung sind für all jene, die zur Pollheimerstraße hin Dinge ein- oder ausladen müssen. Außerdem entsprechen die dortigen Parkflächen hinsichtlich der Breite nicht mehr dem Standard der heutigen Autos. Es sollen sich ja sehr viele Kinder und Jugendliche in diesem Park, im angrenzenden Spielplatz und überhaupt in der Innenstadt aufhalten. Das soll gefahrlos möglich sein, daher bitte mit der Verkehrsplanung abklären, ob für den parkenden Verkehr in der Pollheimerstraße nicht eine sichere Lösung gefunden werden kann.

StR. Lehner: Die Planungen für den Pollheimerpark sind schon einige Jahre alt. Hier hat es im Rahmen der Agenda 21 eine intensive Bürgerbeteiligung und intensive Diskussionen mit Welsern gegeben, wie wir eine zeitgemäße Nutzung für diesen Park finden wollten.

Danke, Christa, dass hier weitergearbeitet wurde. Ein Plan, der vor fünf oder sechs Jahren entstand ist natürlich nicht mehr zeitgemäß. Er wurde jetzt an die aktuellen Bedürfnisse angepasst. Betreffend Parkplatzsituation gebe ich Klaus Hoflehner Recht, denn die Parkplätze in diesem Bereich sind für die Innenstadt relevant. Wir brauchen sie, um den Kunden in der Nähe der Stadt und in der Nähe zum Stadtplatz entsprechende Parkflächen anbieten zu können. Hier muss man sich die Breite und die Bespielbarkeit dieser Parkplätze ansehen.

Wichtig für mich in der weiteren Planung ist die nur einmal im Jahr stattfindende Weihnachtswelt nicht ganz zu vergessen. Im Pollheimerpark sind speziell die Angebote für Kinder zu finden. Die Weihnachtszeit sollte für die Kinder und für uns wichtig sein. Daher bitte ich dich, liebe Christa, diese wirtschaftlichen Überlegungen bei der Planung mit zu berücksichtigen. Danke für die Attraktivierung eines weiteren Grünraums in der Innenstadt.

GR. Spindler: Die Attraktivierung des Pollheimerparks ist ein weiterer Baustein zur Förderung der Innenstadt. Die Parks werden auch in Zukunft ein wichtiger Treffpunkt zur Erholung und Entspannung für die Welscher Bevölkerung sein. Gerade in Zeiten wie diesen, wo uns allen bewusst ist, dass es zu Hause am schönsten ist, ist es gut und richtig hier zu investieren. Das geplante Wegenetz, die Wasserspiele und die Sitzgelegenheiten sind nur einige der Highlights und laden zum Verweilen im Pollheimerpark ein. Daher werden wir selbstverständlich den Antrag mit großer Freude unterstützen.

GR. Mag. Teubl: In der Tat hat die Neugestaltung des Parks in der Pollheimerstraße schon einige Jahre auf dem Buckel. In einem Zwischenbericht zur Agenda 21 aus dem Jahr 2011 ist bereits enthalten, dass Herr DI Otmar Stöckl ausgewählt und beauftragt wurde einen Plan zu erstellen. Auch im jetzigen Amtsbericht ist er abermals als Planer angeführt.

Ich kann die Worte von StR. Lehner nicht nachvollziehen, dass eine Parkplanung nach einigen Jahren nicht mehr zeitgemäß ist und wusste nicht, dass Parkanlagen kurzfristigen Modetrends unterworfen sind. Tatsächlich wäre es schön, wenn aus diesem Areal ein wirklicher Park werden würde. Das Problem sind in der Tat die Anforderungen betreffend Nutzung. Ein Park als Erholungsfläche wäre angesagt. Dieser Park muss auch anderen Nutzungen offensichtlich unbedingt offen stehen. So gehört er einfach ab Mitte November der Christkind GmbH. Dort wird großflächig alles Mögliche, wie Skiabfahrten oder Eislaufen, veranstaltet. Das alles ist sicher notwendig und wichtig, aber müsste nicht unbedingt dort stattfinden.

Diese Nutzung führt dazu, dass der Park im Wesentlichen in einem großen Areal Wüste ist und anscheinend auch bleiben soll, wenn wir diese Nutzungen weiterhin dort haben wollen. Wir GRÜNE schlugen schon vor Jahren vor (ich komme jetzt zu dem, was ich anlässlich der Vorstellung unseres Antrages sagte) in der Vorweihnachtszeit den Stadtplatz autofrei zu machen. Auf dem Westteil des Stadtplatzes soll man genau das stattfinden lassen, was jetzt im Pollheimerpark stattfindet und diesem Park den letzten Grashalm zupft. Das gehört dort nicht hin. Würden wir das auf den Stadtplatz verlegen, dann hätte der Pollheimerpark die Möglichkeit tatsächlich zu einem Park zu werden.

Liebe Laurien, ich glaube eine Gedenkveranstaltung kann auch durchaus auf einer Wiese stattfinden. Wir benötigen dafür nicht einen Schotterplatz. D.h. es würde der Gestaltung als grünen Park nicht im Wege stehen. Das sehen wir als Problem und ich hoffe die Planung fällt nicht allzu sehr im Sinne des Stadtmarketings aus, sondern im Sinne der dort Erholung suchenden Welsler. Gerade in der Innenstadt brauchen wir dringend Erholungsmöglichkeiten.

Zur Wortmeldung von StR. Hoflehner: Ich verstand es nie und werde es nie verstehen, dass wir nunmehr die Parkplätze und Straßen den immer breiter werdenden Autos anpassen und nicht die Autos den Straßen und Parkplätzen. Ich verstehe nicht, warum ein SUV um einen halben Meter breiter sein muss, als Autos über Jahrzehnte gewesen sind. Ich sehe daher nicht ein, warum wir mehr Platz pro Stellfläche einem Auto einräumen sollen und dadurch wieder Parkplätze verlieren. Sonst ist jeder verloren gegangene Parkplatz im Gemeinderat ein Auslöser von fast schon Nervenzusammenbrüchen, weil es die Wirtschaft ruiniert und alles in Wels kaputt macht.

Hier können wir aber ohne weiteres auf ein paar Parkplätze verzichten, damit auch die überbreiten Kutschen von manchen, die ihr Auto eher als Renommierobjekt als ein Fahrzeug sehen, ohne Schwierigkeiten abgestellt werden können. Auch das ist etwas, was wir uns nicht besonders zu Herzen nehmen müssen. Die Parkplatzsituation in diesem Bereich sollten wir eher daraufhin untersuchen, ob z. B. dort spielende Kinder gefährdet sind oder ob dadurch nicht ein Nutzungskonflikt zwischen den Park benützenden Fußgängern und den Einparkenden entstehen kann. Man muss sich ansehen wie man hier Sicherheit schafft gegenüber dem stehenden und rollenden Verkehr. Aber eine Darstellung des Parks in Hinblick auf die Parkplatzsituation müssen wir sonst nicht vornehmen.

GR. KR. Schönberger: Lieber Walter Teubl, man muss nicht einen SUV haben, um einen Kinderwagen aus einem Auto herauszuheben. Es wird ein halber bis dreiviertel Meter benötigt, um ein Kind aus dem Kindersitz in den Kinderwagen zu setzen und es muss

dann die Fahrbahn benutzt werden bei einer relativ stark frequentierten Straße. Deshalb sollte man dort vernünftigerweise ein Verkehrskonzept mitbedenken.

Ich halte es für vernünftig darüber nachzudenken, wie der Park mehrfach bespielt werden kann – u.a. mit dem Stadtmarketing. Seit Jahren sind im Pollheimerpark sehr gute Veranstaltungen und ich glaube nicht, dass wir uns jetzt wieder alles ganz neu überlegen müssen. Wir sollten mehr darauf schauen den Park so zu gestalten, dass dort Veranstaltungen ohne große Beschädigungen oder Zerstörungen der Bodenstruktur abgehalten werden können. Wird jetzt umgegraben und verändert, so soll das so gemacht werden, dass der Park hinterher ordentlich nutzbar ist.

Wenn es um das Bespielen oder die Naherholungsräume in der Stadt Wels geht, sind die Innenstädter nicht gravierend benachteiligt. Außer die Puchberger haben alle zur Welser Traun nicht so weit, um dort wunderbar bummeln zu können. Der Pollheimerpark wird in Zukunft nicht das einzige Grün für den Innenstädter sein. Zudem ist daneben auch noch der Tierpark. Es ist eine der vielen Grünflächen, die wir haben, und diese müssen wir vernünftig gestalten. Das ist die Herausforderung! Es sind damit einige Ausschüsse befasst. Auch das Stadtmarketing wird eine Rolle spielen. Ich bitte die Gespräche solange zu führen bis etwas Vernünftiges auf dem Tisch liegt.

StR. Josseck-Herdt: Ich habe nicht gewusst, dass der Kollege Mag. Teubl jetzt unter die Autokonstrukteure geht. Es ist mir ein großes Anliegen mich heute bei der Innenstadtreferentin Christa Raggl-Mühlberger herzlich zu bedanken. Seit sie für die Verschönerung der Stadt zuständig ist, ist es wirklich ein Genuss durch die Stadt zu gehen. Ich denke dabei an die schönen Springbrunnen aber auch an den Friedhof, der unter der Verantwortung von Christa ein Juwel wurde. Den Friedhof haben die Neustädter jetzt als schönen Park zur Verfügung – das darf nicht unterschätzt werden.

Wenn jetzt der Pollheimerpark ein Park der Ruhe wird, sollten dorthin nicht so viele Veranstaltungen verlegt werden. Aber ein schöner Park, der die Ringstraße mit dem Stadtplatz verbindet, bedeutet für die Welser einen sehr schönen angenehmen Lebensstandard. Herzlichen Dank für den Einsatz!

GR. Kroiß: Lieber Karl Schönberger, du hast mir aus der Seele gesprochen! Ich als Mutter zweier Buben, die am Stadtplatz aufwachsen, kann nur sagen: Am Pollheimerpark zu parken ist eine Katastrophe! Es kann der Kinderwagen bzw. der Maxi-Cosi herausgenommen werden, aber sobald ein Kind aussteigt, muss es sofort an der Hand gehalten werden, weil die Straße daneben ist.

Lieber Walter, die Kinder sind unsere Zukunft! Vielleicht denkst du einmal darüber nach, dass Mütter und natürlich auch Väter wirklich Probleme haben, wenn sie mit dem Auto samt Kind in die Stadt müssen. Dabei ist die Möglichkeit zum Parken beim Pollheimerpark einfach ideal.

Der Stadtplatz ist immer ein ganz tolles Thema. Nehmen wir den Innenstadtbewohnern die Parkplätze weg. Es gibt wenige in der Innenstadt wohnende Menschen, die ein Auto benötigen. Es fährt nicht jeder Bewohner - so wie ich - mit einem Lastenrad, mit einem Fahrradanhänger oder geht zu Fuß. Auch ich habe ein Auto, sogar ein großes, weil ich neben den Männern des Hauses auch noch die Fahrräder mitnehme. Ich kann nur schwer einparken und es wäre toll Rücksicht darauf zu nehmen.

Der Pollheimerpark ist für die Innenstadtbewohner ganz toll. Es sitzen zumeist die etwas älteren Herrschaften dort und lesen Bücher, weil es ihnen in der Freieung wegen der herumtollenden Kinder einfach zu laut ist. Hier sind Wasserspiele zur Beruhigung und die Reichspogromnacht als Gedenkstätte ideal. Nehmen wir die Weihnachtswelt den Kindern doch bitte nicht weg! Warum das Rad neu erfinden, wenn es schon ganz tolle Veranstaltungen gibt.

GR. Scheinecker, BA: Ich bin von der neuen Allianz der Christiane ganz begeistert, weil ich dasselbe im Ausschuss erwähnte. Auch ich habe das gleiche Problem beim Aussteigen am Pollheimerpark.

Ich möchte klarstellen, es geht nicht darum, ob eine Kundgebung auf der Wiese oder auf dem Schotter stattfindet. Diese Veranstaltung betrifft mich jedes Jahr – ich bin im Vorstand der Welser Initiative gegen Faschismus. Deshalb sah ich mir den Plan sehr genau an. Auf diesem ist der Brunnen relativ nahe bei den Denkmälern situiert, wo normalerweise das Podium steht und die Gastredner sprechen. Kommt dort ein Brunnen hin, so gestaltet sich das als etwas schwierig. Im November ist es vielleicht auch etwas ungemütlich auf einer Wiese zu stehen.

Der Springbrunnen ist das Problem. Im Sinne der gemeinsamen Nutzung haben wir im Ausschuss besprochen und protokollarisch festgehalten, dass wir uns eine Veränderung und eine andere Positionierung wünschen, weil es einfach ein Ort des Gedenkens ist und das schon seit Jahren. Das wollte ich klarstellen.

GR. Weidinger: Der Pollheimerpark ist eine wunderbare Sache. Wels wird wieder lebenswerter und viele Menschen freuen sich darauf. Wir diskutierten im Ausschuss ausführlich - mir ging es um die Abgrenzung zur Pollheimerstraße. Dort sind Parkplätze und diese sollen nun in Grünflächen umgewandelt werden - ich habe das mit der Vorsitzenden besprochen. Aber vielleicht ist auch noch ein Lärmschutz möglich. Ansonsten sprechen die gefallenen Statements für den Pollheimerparkausbau.

Ich bedanke mich beim Verkehrsreferenten für seine Wortmeldung zu den Parkplätzen. Auch Peter Lehner hat Recht – alle haben Recht -, dass es für Mütter und Väter dort zu gefährlichen Situationen kommt, wenn sie ihre Kinder aussteigen lassen. Das alles spielt hier mit und da sind wir einer Meinung.

Dem Kollegen Mag. Teubl muss ich betreffend der Wortmeldung „im November übergeben wir den Pollheimerpark dem Stadtmarketing“ widersprechen. Dagegen ist nichts einzuwenden, denn wenn ich im November im Park sitze, der Wind weht, vielleicht schneit es, so würde ich mich eher unwohl fühlen. Ansonsten waren die Wortmeldungen eindeutig – danke – eine großartige Sache für die Welser.

Vzbgm. Kroiß: Lieber Klaus Hoflehner! Ich möchte auf deine Wortmeldung eingehen, weil du die zuständige Referentin ersucht hast, sie möge noch einmal das Thema der Parkplätze und des Straßenraumes mitaufnehmen. Ich glaube, die Fahrbahn und die Parkplätze fallen in deinen Bereich und du solltest in deiner Eigenschaft als Verkehrsreferent die geschilderten Probleme mit den Fachabteilungen diskutieren und Verbesserungsvorschläge einbringen. Im Plan ist die Umsetzung der Maßnahmen für das Frühjahr 2021 angesetzt und es ist durchaus an der Zeit, wenn du in diesem Bereich im

Straßenbau etwas verändern musst oder willst, dafür das notwendige Budget aufzustellen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Herzlichen Dank für die vielen und sehr positiven Wortmeldungen. Ja, zur Kundgebung! Der Platz ist ausreichend für einen Brunnen und eine Kundgebung. Es gibt noch keine Detailplanungen für den Brunnen und den Platz. Heute geht es nur um den Grundsatzbeschluss.

Ich freue mich, wenn wir uns mit der Verkehrsplanung zusammensetzen und uns die Parkplatzsituation ansehen. Mein Bereich ist der Park an sich und nicht die Parkflächen. Die Agenda 21 leistete hier natürlich schon Vorarbeit. Wir nahmen die Pläne und adaptierten sie. Ja, zur Weihnachtswelt! Ich zeigte Herrn Jungreithmair bereits den Plan und bin mit ihm in Kontakt. Wir haben einen regen Austausch, damit wir auch hier zu einer Lösung kommen.

Sieht man sich den Plan an, so kann ich nicht ganz nachvollziehen wie Herr GR. Mag. Teubl auf das Wort „Wüste“ kommt, weil es dort sehr viele Grünflächen mit altem Baumbestand gibt. Wir werden sogar beim Zugang des Weges nur die bodengebundene Decke mit Steinen pflastern und so viel wie möglich als Wiese belassen. Von einer Wüste würde ich hier nicht ausgehen. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

12.)

CORONAKRISE – Solidaritätsfonds
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
SHoR-093-02-27-2020

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 23.06.2020:

1. Die Stadt Wels richtet aufgrund der COVID-19-Krise einen Solidaritätsfonds für eine unbürokratische Unterstützung von unverschuldet in finanzielle Schwierigkeiten geratene Welsler ein.
2. Voraussetzung für die Zuschussgewährung ist, dass online ein Ansuchen gestellt wird und die unter Pkt. 1.b des gegenständlichen Amtsberichtes angeführten Kriterien/Bedingungen erfüllt sind. Sinngemäß gilt für den Solidaritätsfonds die Subventionsordnung der Stadt Wels (Pkt. 1.c).
3. Bei Erfüllung der Voraussetzungen wird ein nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von max. € 1.000,-- pro Antragsteller nach Maßgabe der verfügbaren Mittel durch das nach der Geschäftseinteilung sachlich zuständige Mitglied des Stadtsenates, d.i. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger, gewährt.

4. Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

GR. Schatzmann: Es ist mir ein besonderes Anliegen Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger herzlichen Dank auszusprechen. Auch dem gesamten Stadtsenat, weil er sich in kürzester Zeit dazu entschloss diesen Solidaritätsfond auf die Beine zu stellen. Damit konnte vielen Welsern geholfen werden. Danke! Wels ist und bleibt eine sehr soziale Stadt.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatterin Stadträtin Margarete Josseck-Herdt

13.)

Weiterführung der sozialen Familienförderung „Familienförderbeitrag“ für die Nachmittagsbetreuung von Kindern ab 30 Monate bis zum Schuleintritt
KI-110-02-1-2020

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 18.06.2020:

Der Gemeinderat möge die Weiterführung der sozialen Familienförderung „Familienförderbeitrag“ für das Kindergartenjahr 2020/2021 für Welser Kinder betreffend der Nachmittagsbetreuung von Kindern ab 30 Monate bis zum Schuleintritt beschließen.

GR. Scheinecker, BA: Ich möchte tatsächlich ein Lob aussprechen für die Stadt Wels – nicht in Bezug auf die Familienförderung, denn die SPÖ-Fraktion würde sich hier einen Nulltarif wünschen – im Kontext Schließung Kindergärten, Krabbelstuben, Horte und Schulen. Letzte Woche Mittwoch wurde angekündigt, dass der Notbetrieb in den Welser Kindergärten tatsächlich so aussieht, dass alle berufstätigen Eltern eine Betreuungssituation vorfinden, welche halbwegs ohne schlechtes Gewissen in Anspruch genommen werden kann. Es ist eine wirkliche Erleichterung. Meine Wut war sehr groß als ich hörte, dass die Schulen wieder zusperren, denn die Mütter und Väter sind die ersten, die wieder die Nation retten müssen.

Es ist sehr positiv, dass unsere Kinderbetreuungseinrichtungen ein Notprogramm fahren, welches tatsächlich in Anspruch genommen werden kann. Vor allem in Hinblick auf den Herbst, wie wir als Stadt damit umgehen werden, wenn es zu weiteren Schließungen, zu weiteren Clustern kommt. Ich begrüße den Betrieb in den Standortkindergärten und hoffe

wir behalten uns das für weitere Lockdowns vor. Bei der ersten Krise hat es nicht so meinen Bedürfnissen entsprochen, weil ich meine dreijährige Tochter in einen fremden Standort geben musste. Das hat sich verbessert und deshalb möchte ich dieses Lob gerne weiterleiten.

GR. DI Haydinger: Den lobenden Worten von GR. Scheinecker, BA darf ich mich gleich anschließen. Ich kann mich noch gut an die GR-Sitzung im Jahr 2018 erinnern, in der wir mit einem Dringlichkeitsantrag diese Förderrichtlinien einbringen mussten, weil die Frau Landesrätin Mag. Haberland in einer überraschenden Aktion die Förderungen kürzte.

Als Stadt Wels betraf uns diese Kürzung besonders hart, weil die öffentlichen Kindergärten von 06.30 bis 18.00 Uhr besonders lange offen haben. Es freut mich diese Förderung fortsetzen zu dürfen. D.h. wir werden dieses Jahr und auch im Jahr 2021 die Welser Familien mit über 200.000 Euro unterstützen, um diese Kinderbetreuung auch am Nachmittag aufrecht erhalten zu können.

StR. Josseck-Herdt: Danke für diese lobenden Worte. Dass es am Anfang weniger Standorte gegeben hat, war der Tatsache geschuldet, dass wirklich nur einzelne Kinder in die Betreuung gebracht wurden. Wir haben sofort reagiert. Je mehr Bedarf vorhanden war, umso mehr Standorte wurden geöffnet.

Unsere Pädagoginnen und Helferinnen ziehen alle an einem Strang, darüber bin ich sehr froh. Ihnen ist natürlich genauso wie mir wichtig, dass die Eltern eine Entlastung erfahren an den erwähnten Standorten. Über die Ferienzeit haben dann natürlich nicht mehr alle Standorte offen, aber es wird trotzdem sehr familienfreundlich vorgegangen.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

14.)

Initiativantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und
der NEOS betreffend externe Prüfung der Nutzungsveränderungen im
Bereich der verlängerten Charwatstraße im Hinblick auf das Leitbild
Lokalbahnareal
Verf-015-I-13-2020

StR. Reindl-Schwaighofer: In diesem Initiativantrag geht es um die Frage, wie weit Beschlüsse des Gemeinderates – in diesem Fall das Leitbild des Lokalbahnhofareals - insgesamt für den Gemeinderat für weitere Aktivitäten verbindlich sind? Wie weit

widerspricht die bekanntgewordene Errichtung eines Gartengrundstückes diesem Leitbild?

Medial ist dieses Thema sehr präsent und viele von ihnen könnten den Zeitungsartikel gut zitieren. Wir entschlossen uns diesen Antrag zu stellen, um Licht ins Dunkel zu bringen in diesem Zusammenhang. Die Antragsteller wollen, dass ein unabhängiger Gutachter sich die Beschlüsse ansieht und auch ansieht, wie mit diesen Beschlüssen umgegangen wird bzw. ob die beschlossenen Beschlüsse des Leitbildes auch umsetzbar sind. Wie verfahren wir als Gemeinderat mit unseren Beschlüssen und nehmen wir unsere Beschlüsse ernst? Wer hat was auf Basis welcher Rechtsgrundlage genehmigt? Was ist alles auf dem Grundstück geplant? Es geht aber auch darum, wie weit ist der vor einem Jahr gefasste Beschluss (Punkt 3.) für uns als Gemeinderat bindend? Dieser lautet: „Wenn in diesem Areal Neu- oder Umbauten beabsichtigt sind, die den Vorgaben dieses Leitbildes widersprechen, dann ist unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften eine Verordnung für ein Neuplanungsgebiet zu erstellen.“

Das ist im Wesentlichen eine Formulierung eines Beschlusses. Wenn wir das überprüfen lassen, soll ganz sicher das hier im Gemeinderat Beschlossene für uns auch bindend sein. Ich ersuche sie, diesen Antrag zu beschließen, möchte aber vorwegschicken, dass natürlich die Antragsteller davon ausgehen bei der Bestellung eines Gutachters miteinbezogen zu werden, damit die Frage des Gutachters nie in Zweifel gestellt werden kann. Es ist wichtig einen Gutachter zu haben, der in dieser Frage unbestritten ist.

GR. Hufnagl: Der Ausgangspunkt war ja etwas sehr Positives. Wir haben letztes Jahr einen Wettbewerb - ein Leitbild für ein Areal in Wels zu erstellen – ausgeschrieben. Dieser Wettbewerb war ziemlich einzigartig und neu in Wels. Es wird damit versucht ein Gebiet von Wels anders zu denken und ein Leitbild zu erstellen. Das Ganze kostete eine Menge Geld, denn neben dem Preisgeld arbeiteten auch Mitarbeiter des Magistrates daran und einige Kollegen waren in der Jury. In Summe kostete das Ganze mit den Nebenkosten mehr als 200.000 Euro.

Im Zuge dieses Leitbildes wurden Gebäude und Verkehrswege gedacht. Das Ganze wurde dann im Gemeinderat beschlossen und wir waren uns darin einig, uns an dieses Leitbild zu halten und dass alle geplanten Bauvorhaben diesem Leitbild folgen sollen, damit ein einheitliches Bild in zwanzig bis dreißig Jahren zustande kommt.

Enttäuschend ist, ein Jahr später wird ein Grundstück gekauft und es lässt sich z.B. das dahinterstehende Verkehrskonzept nicht mehr realisieren. Ich sehe es genauso, es muss durch einen externen Gutachter überprüft werden, ob durch diesen Grundstückskauf sich dieses Leitbild nicht mehr oder nur mehr zum Teil realisieren lässt. Wir haben wirklich viel Geld dafür ausgegeben. Deshalb dieser gemeinsame Antrag. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

StR. Lehner: Dieses Projekt war mir ein großes Anliegen und deshalb ist es mir wichtig gewisse Dinge wieder auseinander zu sortieren. Das eine ist ein vermeintlich politisches Thema, das ist in der Politik üblich und nichts Außergewöhnliches. Dazu ist es wichtig Transparenz walten zu lassen und die entsprechenden Schritte zu setzen. Das andere ist die Frage nach dem Ziel des Leitbildes bzw. was kann eine Stadt mit einem Leitbild beschließen und welche Möglichkeiten haben wir als Gemeinderat.

Wir einigten uns darauf, wenn es in diesem Bereich zu Bebauungsplanänderungen kommen soll, dann wollen wir als Stadt Wels ein Gesamtbild über dieses Areal kennen und unsere Idealvorstellung für dieses Quartier definiert haben. Das heißt, wir wollen dort nicht ein beliebiges Entstehen von Gebäuden, sondern wir wollen einen strategischen Plan, wie wir uns dieses Quartier vorstellen und wie unsere Zielsetzung aussieht. Im Umkehrschluss heißt das, wenn Privateigentümer dort etwas realisieren, das keine Bebauungsplanänderung benötigt, dass diese selbstverständlich in der Lage sind diese Dinge durchzuführen. Ganz egal, ob sie in der Politik tätig sind oder nicht. Es gibt Eigentümerrechte, die wir wahren müssen. Dazu bekenne ich mich auch, ganz egal wem das Grundstück gehört.

Einerseits haben wir uns bei großen Bebauungsplanänderungen eine Schablone, ein Leitbild gegeben, was wir dort wollen. Das ist dann bei der Bebauungsplanerstellung zu überprüfen und gemeinsam wiederum zu diskutieren und zu beschließen. Wenn es keine Änderung eines Bebauungsplanes geben soll oder muss, dann hat ein Eigentümer ein Recht im Rahmen der bestehenden Bebauungspläne Dinge zu tun, die er für sich in Ordnung befindet bzw. bei der es eine entsprechende Zustimmung der Nachbarn gibt, die in das Bauvorhaben einbezogen werden.

Daher muss das Fachliche vom Leitbild, das uns allen und mir persönlich sehr wichtig ist, getrennt werden von einer politischen Diskussion, welche in der Politik oft unschön ist. Wichtig ist hier Transparenz hineinzubringen - das ist das gemeinsame Ziel. Ich glaube, es wird sich hier ein Experte das Ganze ansehen und dieser wird beurteilen können, ob das mit rechten Dingen zugegangen ist. Wichtig ist uns zu erinnern wozu ein Leitbild dient, wo sind unsere Möglichkeiten als Politik. Eigentümerrechte hat jeder, ob politisch tätig oder nicht und das müssen und sollen wir respektieren. Wir diskutieren oft über innerstädtische Hitzepole. Ein Garten ist für viele kein Hitzepol, sondern für Nachbarn wahrscheinlich durchaus etwas Positives und Erfreuliches.

Für die bestehenden Nachbarn ist das sicher eine gute Lösung. Unabhängig ob man jemanden etwas gönnt oder nicht, halte ich es für positiv, wenn man seinen Nachbarn ein paar Bäume, ein paar Sträucher setzt oder eine Wasserfläche schafft. Ich denke, die Nachbarn können durchaus zufrieden sein.

GR. Mag. Teubl: Kollege Hufnagl wies schon darauf hin wie mühselig und kostspielig die Erstellung dieses städtebaulichen Leitbilds am Lokalbahnhof war. Ich selbst und einige Vertreter des Gemeinderates waren in zahlreichen Sitzungen anwesend und die teilnehmenden Architekten haben sehr, sehr viel Zeit und die Stadt Wels sehr viel Geld darauf verwandt dieses städtebauliche Leitbild zu erstellen. Ich kann mich noch gut daran erinnern wie im April des vorigen Jahres dieses städtebauliche Leitbild im Greif einer interessierten Öffentlichkeit präsentiert wurde und der Bürgermeister und StR. Lehner wunderschöne Reden hielten, wie toll es ist dieses Leitbild zu haben.

Ich finde es auch toll, aber ich finde es fragwürdig so viel Geld auszugeben und so viel Zeit zu investieren in etwas, das dann keine Konsequenzen hat. Es ist richtig, das Leitbild ist eine rechtlich nicht verbindliche Darstellung des Willens der Stadt Wels, was mit diesem Areal mittelfristig geschehen soll. Es müsste theoretisch in Bebauungsplänen niedergelegt werden, was dann tatsächlich umgesetzt wird, um das rechtlich verbindlich zu machen.

Insofern ist die Anlage eines Gartens sicherlich nicht rechtlich bedenklich. Er ist übrigens wunderschön – ich habe ihn mir angesehen. Ich verstehe nicht, wie sich der Planungsstadtrat so verbiegen kann das jetzt anzupreisen als eine klimaschützende Maßnahme, wenn davon auszugehen ist - ich fürchte das dem so ist -, dass in Zukunft der Pool unseres Bürgermeisters dort stehen wird, wo dieses städtebauliche Leitbild eine Straßenverbindung geplant hatte. Ich frage mich – jenseits der rechtlichen Verbindlichkeit von solchen Plänen – warum wir so etwas machen bzw. warum halten sie sich, Herr Bürgermeister, nicht an diesen Plan, wo sie ihn doch selbst so gelobt haben.

Das ist jetzt keine rechtliche Beurteilung, sondern meines Erachtens eine Frage der politischen Moral. Das ist keine Frage des Eigentümerrechts, sondern es ist die Frage, ob der Bürgermeister als Vertreter der Stadt einfach so über ein von ihm selbst präsentiertes Leitbild, welches der Stadt sehr viel Geld kostete, hinweggehen kann. Das würde ich schon ganz gerne erklärt wissen.

Wir GRÜNE haben auf diese Problematik aufmerksam gemacht und gefordert sich das näher anzusehen. Das wird hoffentlich auch passieren. Die Reaktion von Seiten der Freiheitlichen Fraktion hat mich dann aber doch etwas geärgert. Die Pressekonferenz des Fraktionsobmannes Ralf Schäfer, BSc stand unter dem Titel „Ärger über Schmutzkübelkampagne: Grüner Stil widerlich!“. Hier werden Dinge behauptet, die schlicht und ergreifend gelogen sind. Wir haben davon gesprochen, dass Baupläne im April eingereicht wurden, die eine weitergehende Bebauung, die jetzt offensichtlich realisiert werden soll, vorgesehen haben. Es wird in dieser Aussendung suggeriert, dass das nicht stimmt. Es steht aber dann: „In der Stadt Wels liegen derzeit keine Pläne über einen Bau auf und es läuft diesbezüglich auch kein Baugenehmigungsverfahren.“ Das mag ja sein, aber die Pläne hat es nachweislich gegeben, also haben die GRÜNEN sicherlich nicht gelogen. Außerdem ist angeführt: „das Leitbild ist jedenfalls realisierbar“. Darüber werden wir noch reden müssen, ob es tatsächlich realisierbar ist und ob es nicht doch Maßnahmen verhindert, die aus diesem Leitbild erwachsen werden.

Die Querschnitte im Leitbild zeigen neben dem ÖBB-Gleiskörper 1 m Grün, 6 m Fahrspur, 5,5 m Parkflächen und dann erst die Baukörper, um die es geht. Das ist mit den bereits getroffenen Einzäunungen und Bepflanzungen meines Erachtens eine Tatsache. Warum wird damit so leichtfertig umgegangen, zumal die Verlängerung der Charwatstraße bis zur Maria-Theresia-Straße auch eine Entlastung auf der anderen Seite der Feldgasse bewirkt hätte. Dort sollte dann eine Wohnstraße errichtet werden. Das ist so sicherlich nicht möglich. Da verstehe ich nicht ganz die Absicht, denn damit schadet man sich als Anrainer der Feldgasse quasi selbst, wenn diese Wohnstraße nicht kommen wird. Das waren im Wesentlichen die Punkte, auf die ich hinweisen möchte.

Der Herr Bürgermeister sagte, er habe mit mehr als 300 Euro pro Quadratmeter den dreifachen Schätzwert für diese Fläche bezahlt und somit weit überteuert gekauft. Wenn man weiß, dass daneben die Heimstätte für die Wohnbebauung auf dem Areal der Questergründe 290 Euro pro Quadratmeter bezahlt hat, waren diese 300 Euro jetzt weit überteuert und der dreifache Schätzwert? Man müsste daraus ableiten, dass die Heimstätte hier der Fa. Felbermayr einen Freundschaftspreis weit überteuert und damit auf Kosten der Heimstättengenosschafter einen Liebhaberpreis bezahlt hat. Das würde ich auch ganz gerne erklärt wissen!

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Es wurden schon viele Dinge gesagt. Ich möchte nicht alles wiederholen. Ja, wir haben ein Leitbild beschlossen und es war von Anfang an klar, dieses Leitbild kann nicht 1:1 umgesetzt werden. Ein Großteil der Fläche in diesem Areal ist Privateigentum und gehört nicht der Stadt Wels. Ich kann einen Privateigentümer nicht dazu verpflichten genau das zu bauen, was wir in diesem Konzept vorgeschlagen haben. Das ist ein Konzept, in dem Bebauungsdichte und Höhe vorgelegt worden sind und dass es nicht 1:1 umgesetzt wird, war jedem Mitglied des Gemeinderates klar.

Betreffend der Führung und Verlängerung Charwartstraße wird die Seite 46 im Konzept zitiert, aber nur dieser eine Teil. Dazu kommt, dass auf Seite 46 im Konzept steht: „Querungsmöglichkeiten über die Bahntrasse sind aus eisenbahntechnischen Gründen nicht realisierbar“. Es gab eine Begehung mit den zuständigen Vertretern der ÖBB, die uns versicherten, dass die Gleisanlagen erneuert und in Richtung Charwatstraße Zäune errichtet werden müssen, damit die Benutzer der Bahn nicht die Gleisanlage queren müssen. Somit ist auch die Nutzung der Charwatstraße - wie sie oft bemängelt und kritisiert wird – für den öffentlichen Verkehr in dieser Form nicht machbar und auch nicht sinnvoll.

Wir Gemeinderäte beschlossen dieses Leitbild, weil es noch am flexibelsten von allen war, um es dann umzusetzen oder zum Großteil umsetzen zu können ohne jedes Detail wirklich wahrnehmen zu müssen. Es hat uns einfach von seiner Wohnungsqualität überzeugt, aber auch von seiner Freiraumqualität, denn dort wurde gewährleistet, dass wir einen schönen grünen großen Park bekommen. Darum bitte ich es nicht aus den Augen zu verlieren, es kann nicht 1:1 umgesetzt werden.

Der Initiativantrag (Anlage 14) der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und der NEOS wird

einstimmig angenommen.

15.)

Einsatz von Stützkräften im Rahmen der GTS in den Welser Pflichtschulen
BK-Schu-124-2020 miterledigt:
SD-ZE-022-1-52-2020

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 22.06.2020:

Beiliegende Zuschlagserteilung an die Diakonie Zentrum Spattstraße gemeinnützige GmbH, 4030 Linz, Willingerstraße 21, betreffend die Beschaffung von Stützkräften zur Unterstützung/Abwicklung des Freizeitbereiches im Rahmen der ganztägig geführten Schulformen in der VS 2 Stadtmitte, VS 5 Mauth, NMS 6 Vogelweide sowie dem Integrativen Schulzentrum Vogelweide mit einer Auftragssumme in der Höhe von brutto € 81.111,03 inkl. MwSt. wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

16.)

Straßenbauprogramm der Stadt Wels für das Jahr 2021;
Grundsatzbeschluss nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019
BauD-BauS-21-2021

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 23.06.2020:

Das beiliegende und im gegenständlichen Amtsbericht dargestellte Straßenbauprogramm der Stadt Wels für das Jahr 2021 mit veranschlagten Gesamtkosten von € 3,189.500,-- wird grundsätzlich beschlossen.

GR. Schiefermayr: Ich möchte mit einem Dank an die Fachabteilung beginnen, die unseren Vorschlag vom März dieses Jahres das Straßenbauprogramm neu zu beschließen so rasch umgesetzt hat. Wie der Baudirektor im Ausschuss und der Verkehrsreferent heute sagten, hat das wesentliche Vorteile speziell für die Auftragsvergabe und Auftragslegung.

Etwas mehr als 3 Mio. Euro werden in den Straßenneubau, die Instandhaltung sowie in Fuß- und Radwege investiert. Speziell auf Letzteres wurde besonderes Augenmerk gelegt. Weil uns die Parkplatzsituation heute schon beschäftigte, möchte ich zwei Beispiele bringen. Die geplante Öffnung der Roseggerstraße wird uns wahrscheinlich vor größere Probleme stellen betreffend Bewohnerparkplätze und Ladezone. Es gibt dort kaum Alternativen für die Bewohner zu parken. Deswegen wird es von den dortigen Bewohnern entsprechenden Widerstand geben. Ebenso beim nördlichen Teil der Wimpassinger Straße, wo es durch die Verkehrsberuhigung zur massiven Reduktion der Parkflächen kam. Diesbezügliche Anfragen und Beschwerden sind bereits eingegangen. Eine Evaluierung wäre hier dringend notwendig.

Abschließend noch einmal mein Dank an die Fachabteilung und die Kollegen, die bei jeder Witterung dafür sorgen, dass die notwendige Infrastruktur aufrecht bleibt.

GR. Ganzert: Ich möchte dort beginnen, wo Kollege Schiefermayr aufhörte, mit dem Dank an die Dienststelle Tiefbau. Ich bitte dich, lieber Patrick Scherer, diesen Dank auch im Namen der SPÖ-Gemeinderatsfraktion weiterzutragen. Es gab eine Zeit, in der die Corona-Helden beklatscht wurden. Wir vergessen aber oft den Luxus im Sommer in einem gekühlten Auto, sich ärgernd über ein Baustellte und über ein paar Minuten Verspätung, dass es hier Kollegen gibt, die hart arbeitend sich um die Verkehrssicherheit kümmern.

Es ist eine Premiere, wir beschließen bereits im laufenden Jahr das Straßenbauprogramm für das kommende Jahr! Es gibt uns Planungssicherheit und wir können dadurch Einsparungen erzielen. Es wurde auch die klimaaktive Fahrradförderung angesprochen, die von Frau DI Berghofer ausgearbeitet wurde. Ich hoffe, es wird uns

gemeinsam mit dem Bund gelingen die Möglichkeiten auszuschöpfen. Insofern ein großer Dank.

GR. KR. Schönberger: Es ist gut, dass wir das Straßenbauprogramm jetzt schon beschließen unter Bedachtnahme der Fördermöglichkeiten, welche wir im nächsten Jahr haben. Wir sollten auch in Betracht ziehen die Bevölkerung etwas stärker bei diesen Projekten einzubinden. Das Straßenbauprogramm ist ähnlich wie das Beleuchtungsprogramm so business as usual bei uns im Gemeinderat. Es sind ein paar Zeilen oder/und unterm Strich angeführt, aber die dahinterstehenden Dinge sind erst bei Ausführung bzw. bei Diskussion im Verkehrsausschuss ersichtlich.

Als Negativbeispiel möchte ich die Umbauarbeiten in der Oberfeldstraße anführen - es handelt sich dabei um Umbauarbeiten im sechsstelligen Bereich. Was bringt den dortigen Anwohnern eine Linksabbiegspur? Er muss genauso warten bis der Querverkehr vorbei ist. Es bringt nur dem fließenden Verkehr etwas. Der dort Wohnende hat dieselbe Situation wie vorher, nur den Verkehr fünf Meter näher, weil die Ausschlenkungen zu den Häusern geführt wurden. Ich möchte bei solchen Projekten die Bevölkerung vorher miteinbeziehen und vielleicht mitreden lassen.

Außerdem frage ich mich noch, haben wir ein Problem mit der Planung oder mit der Gärtnerei? Es kann doch nicht sein, dass nur jeder fünfte, in den letzten zwei Jahren gepflanzte Baum überlebt! Das gibt es doch nicht! Es ist mir völlig unverständlich! Ich laufe fast täglich in der Oberfeldstraße und sehe die Scheiben für den Wassereinfluss, aber nur bei jeder fünften Scheibe steht ein Baum. Während den Umbauarbeiten wurden alle weiter vorne stehenden Bäume entfernt. Laut Plan sollen auf der gegenüberliegenden Seite 37 Bäume gesetzt werden, aber 40 Bäume wurden in Summe entfernt. Vielleicht sollten diese Dinge gegenüber der dort wohnenden Bevölkerung etwas besser kommuniziert werden. Vor Baubeginn sollte ein Plan aushängen, damit die Menschen nicht hinterher vor vollendete Tatsachen gestellt sondern vorher in die Entscheidungsfindung eingebunden werden.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Vzbgm. Kroiß: Ich verstehe deine Kritik mit dem Linksabbieger gar nicht, weil der Fünfte oder Zehnte ein Anrainer sein könnte, der nach Hause will. Außerdem wurde im Verkehrsausschuss ausführlich darüber diskutiert. Lieber Karl, es ist dein Verkehrsreferent, dein persönlicher Referent, der diese Planungen erstellen kann. Würde dieser Linksabbieger nicht gemacht und es sich in der Oberfeldstraße stauen, würdest du dich über den vielen Stau in der Oberfeldstraße beschweren. Irgendetwas passt in deiner Argumentation nicht. Ich denke eine Linksabbiegerspur hat in manchen Bereichen durchaus einen Sinn.

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Kroiß.

GR. KR. Schönberger: Mich befremden Aussagen der Fachabteilung die Oberfeldstraße nicht verkehrsberuhigen zu wollen. Daher muss die Bevölkerung miteingebunden werden. Wenn es heißt, dass es überhaupt nicht geplant ist die Oberfeldstraße verkehrsberuhigen zu wollen, dann habe ich mit der Eröffnung des riesigen Industriegebietes beim Neinergut meine Bedenken. Der Verkehr dort wird nicht unbedingt weniger. Hier spreche ich nicht nur vom Schwerverkehr, sondern auch von der

arbeitenden Bevölkerung, die mehr oder minder zu diesen Stoßzeiten dort verkehren muss. Ich würde ersuchen auf die dort wohnende Bevölkerung einzugehen. Bei der Wahl 2021 werden wieder alle auf die Leute eingehen, wieder vor Ort sein und alles Mögliche versprechen. Es wäre schön, wenn die anderen sechs Jahre etwas mehr mit den Menschen kommuniziert werden würde.

Vzbgm. Kroiß: Du nimmst den Wahlkampf schon vorweg, lieber Karl!

GR. Weidinger: Ich sehe Straßen wie Auslagen in Wels. Je schöner sie sind, umso eher geht man hinein. Das ist für mich eine Kernaussage, die für sämtliche Straßen gelten soll. Das vorliegende Straßenbauprogramm mit 3,2 Mio. Euro ist gut, aber nicht ambitioniert. Mir fehlt etwas. Darüber müssen wir uns die nächsten Jahre unterhalten, denn hier muss und kann ziemlich viel weitergehen. Es gibt diverse Straßen, die seit Jahren nicht repariert wurden und desolat sind. Genauso haben Radwege und Gehsteige Lücken. Es fehlt mir hier der Gesamtblick auf den Straßenbau.

Beispiel dafür ist die Neinergutstraße. Ich sagte im Verkehrsausschuss bereits die Heimstätte baut dort, es kommt eine improvisierte Haltestelle mit großem Gefahrenpotenzial für Kinder. Wird das angesprochen so wird darauf verwiesen, dass das bei der nächsten Etappe mitgebaut wird. Grundsätzlich ist es für mich wichtig - die ÖVP-Fraktion bezieht hier klare Stellung, weil die Kinder uns ganz besonders wichtig sind. Wenn sie dort in einer improvisierten Bushaltestelle stehen, stelle ich mir die Frage warum das nicht gleich mitgemacht wird.

Karl, ich muss dem Kollegen Vzbgm. Kroiß Recht geben, es ist immer angenehm mit dir im Ausschuss zu diskutieren, aber das sollte doch innerhalb der Fraktion geklärt werden. Wie gesagt, ein sehr gutes Straßenbauprogramm, aber ambitioniert ist es nicht. Wir fordern in den nächsten Jahren eine deutliche Erhöhung des Budgets für das Straßenbauprogramm, weil wir hier einfach entsprechend mehr Geld brauchen.

GR. Mag. Teubl: Es wird sie nicht überraschen, dass wir GRÜNEN uns in erster Linie als Lobbyisten für die Radler in unserer Stadt verstehen. Deshalb sahen wir uns dieses Straßenbauprogramm ganz besonders im Hinblick auf die Radwegplanung und Baumaßnahmen an. Wir stellen fest, dass diese Liste diesmal zumindest wahrnehmbar ist. Es gibt immerhin 20 Maßnahmen im Bereich der Radwege, wenn auch manche nur wenig auffällig, aber auf alle Fälle deutlich mehr als bisher sind und deshalb werden wir diesem Straßenbauprogramm zustimmen.

Laut Baudirektor ist für diese 20 Maßnahmen ein Betrag von 450.000 Euro nötig. Das sind nicht einmal ein halbe Million Euro von insges. 3,2 Mio. Euro. Das heißt, ca. ein Siebtel des gesamten Budgets. Daher glauben wir es ist tatsächlich immer noch viel zu wenig, wenn wir wissen, dass der Mix im städtischen Verkehr in Wels sich immer noch in die Richtung entwickelt, immer noch mehr mit dem eigenen PKW zu fahren und immer weniger zu Fuß zu gehen und mit dem Rad zu fahren.

Wenn wir auch in Hinblick auf den Klimaschutz etwas bewirken wollen - davon gehe ich immer noch aus, obwohl mich etliche Abstimmungen schon eines Besseren belehrt haben - dann müssten wir ein Vielfaches dieses Betrages einsetzen damit sichtbar wird, wir wollen, dass die Welser auf das Rad umsteigen. Diese Zielsetzung muss in dieser

Stadt sichtbar werden. Dafür ist das Budget immer noch zu wenig, aber wir anerkennen, es ist zumindest vorhanden.

In diesem Zusammenhang muss ich schon wieder auf die Diskussion im letzten Gemeinderat verweisen, weil es mich wirklich ärgert in allen möglichen Zusammenhängen immer wieder den Vorwurf zu bekommen ich würde falsche Aussagen tätigen und das in einem Stadium der Diskussion, wo keine Replik mehr möglich ist. Wenn wir in dieses Straßenbaubudget 450.000 Euro einsetzen, dann ist das offensichtlich auch immer noch nicht viel mehr als geplant war, denn der Herr Bürgermeister und der Herr Verkehrsstadtrat haben übereinstimmend von 500.000 Euro in zwei Jahren gesprochen. Im heurigen Jahr waren nach Aussage des Verkehrsstadtrates 134.000 Euro dafür vorgesehen. Es stimmt natürlich, in jener Sitzung, in der uns die Korrektur des Straßenbauprogrammes aus Einsparungsgründen präsentiert wurde, wurde alles bis auf die Maria-Theresia-Straße gestrichen.

Dass jetzt doch mehr realisiert wird ist nicht der Verdienst der Stadt Wels, welche ungeheuerlich in den Radverkehr investiert, sondern das ist der Verdienst der Bundesregierung, die ein Maßnahmenpaket zur Förderung des Radverkehrs ins Leben gerufen hat und damit die Finanzierung von Dingen ermöglicht, die sonst nicht passieren würden. Wir könnten uns die Roseggerstraße aufzeichnen, wenn dieses Geld nicht kommen würde, weil sie nicht vorgesehen wäre. Ich bezweifle nach wie vor, dass sie tatsächlich heuer noch realisiert wird.

Es war immer richtig was ich sagte: 500.000 Euro für zwei Jahre, 134.000 Euro im heurigen Jahr. Wenn ich jetzt davon ausgehe, dass diese 134.000 Euro vielleicht doch im heurigen Jahr realisiert werden, nachdem sie vorher gekürzt worden sind, und die 450.000 Euro des neuen Straßenbauprogramms hinzurechne, dann komme ich auch nur auf knapp über eine halbe Million Euro. Es ist trotz der großzügigen Förderungen mit diesem Klima-Aktiv-Programm und der Möglichkeit Investitionen aller Art mit 50 % Unterstützung durch den Bund eigentlich nicht wirklich mehr geworden. Schön, dass mehr realisiert wird, aber wir sind immer noch weit davon entfernt wirklich einen großen Wurf in Sachen Radverkehr anzustreben und zu finanzieren.

StR. Reindl-Schwaighofer: Ich muss meinem Kollegen StR. Hoflehner beispringen, denn die Wortmeldung vom Bürgermeisterkandidaten der ÖVP-Fraktion, GR. Weidinger, brachte das Fass zum Überlaufen. Es ist jetzt ungefähr so, ich bin schuld, wenn die Schule Wels-West nicht gebaut wird. Das heißt, ihr seid mit der FPÖ-Fraktion in einer Koalition, ihr aktiviert die Budgets und wir hätten viel mehr wollende Ansätze. Aber das war nicht möglich, weil ihr gemeinsam mit dem Finanzreferenten diese Budgets so festgelegt habt, dass uns kaum Spielräume gegeben sind. Die Neue Mittelschule in der Neustadt war nur möglich, weil wir öffentlich über eineinhalb Jahre immer nachgebohrt haben und letztendlich die FPÖ- und ÖVP-Fraktionen drauf gekommen sind, die Ganztageschulen sind ganz wichtig.

Aber jetzt zu sagen, wir als ÖVP-Fraktion sind für ein höheres Budget im Verkehrsbereich ist fast schon arg. Wenn jetzt Intensivwahlkampf wäre hätte ich gesagt, okay das kann passieren. Aber jetzt so aufzutreten halte ich nicht für besonders klug, weil es für jeden einzelnen durchsichtig ist, was passiert. Die ÖVP-Fraktion ist Teil dieser Stadtkoalition und war immer bei der Budgetfestlegung dabei. Mag. Teubl darf mehr verlangen, denn

dieser hätte wahrscheinlich während einer Koalition versucht mehr Budget herauszuholen. Nur so ist mir das ein bisschen zu billig.

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Klaus Hoflehner! Danke dafür, dass es möglich war diesen Systembruch herbeizuführen und das erste Mal überhaupt ein Straßenbauprogramm ein halbes Jahr vor Beginn des relevanten Jahres, in dem die Umsetzung des Baues beginnt, zu beschließen. Der Hintergrund ist ein ganz einfach: Wir wollten eine längere Vorbereitungszeit haben, um zu guter Letzt bessere Preise zu erzielen. Wenn wir uns ein halbes Jahr vorbereiten können, dann können wir tatsächlich am 01. Jänner beginnen. Das ist einmalig in der Stadt Wels und kostete den Mitarbeitern der Abteilung Tiefbau erhebliche Anstrengungen. Daher ein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiter. Sie haben sich sehr bemüht, dass das möglich geworden ist! Ich hoffe, dieser Weg wird auch beibehalten, weil dann die Maßnahmen, die wir beschließen, tatsächlich zur Umsetzung gelangen.

Ich muss Herrn Mag. Teubl Recht geben, denn es gibt immer mehr Möglichkeiten Radwege zu bauen. Und ich muss auch dem Johnny Recht geben, es gibt immer mehr Möglichkeiten Straßen zu bauen. Dem Referenten gebe ich Recht, es gibt mehr Möglichkeiten Markierungen zu erneuern, es gibt mehr Möglichkeiten, die Nachmittagsbetreuung in den Schulen auszudehnen, es gibt mehr Möglichkeiten Parks zu errichten, die Sport- und Wirtschaftsförderungen auszudehnen und mehr Kindergärten zu bauen etc. Es gibt insgesamt unfassbar viele Möglichkeiten was eine Stadt alles machen kann. Beschränkt ist das alles immer nur durch die finanziellen Mittel.

Wenn wir ausreichend finanzielle Mittel haben, dann haben wir ausreichend Geld alle diese geforderten Sachen zur Umsetzung zu bringen. Weil ich weiß, dass Politik ein Interessenausgleich ist und Politik auch bedeutet Kompromisse zu schließen, machten wir schon im Jänner 2019 eine Stadtsenatsklausur, bei der alle Referenten ihre Prioritäten äußerten. In der Folge wurde darüber beraten welche großen Vorhaben wir in der Stadt Wels umsetzen. Ich weiß aus verschiedenen Gesprächen, dass die Prioritäten, die für StR. Hoflehner ganz besonders wichtig waren, auch finanziell bedeckt worden sind. Er hat nicht alles bekommen, aber ich kenne keinen Referenten, der alles bekommen hat, weil wir eine gläserne Decke haben und das eben Geldmittel sind, die der Stadt Wels zur Verfügung stehen. Insofern ist es sehr leicht mehr zu wollen. Ja, ich kann es verstehen. Es kann politisch gefordert werden und wahrscheinlich gehört das auch zur politischen Auseinandersetzung dazu. Tatsache ist, wir sind an diesen Budgetbeschluss gebunden, der übrigens nicht nur von der ÖVP-Fraktion, sondern auch von der SPÖ-Fraktion mitgetragen worden ist.

Deshalb ist es für mich völlig klar, dieser ausgehandelte Kompromiss findet sich im Zahlenwerk wieder. Im Nachhinein zu jammern und mehr zu fordern halte ich aus meiner Sicht nicht für sinnvoll. Insbesondere deshalb, weil es gerade jetzt in Corona-Zeiten immer schwieriger wird dieses Geld auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Wir sprachen heute schon beim ersten Tagesordnungspunkt darüber was es für die Stadt Wels bedeutet diese finanzielle Leistungsfähigkeit zur Verfügung zu stellen und die in der Vor-Corona-Zeit beschlossenen Investitionen jetzt auch zur Umsetzung zu bringen - trotz dieser massiven Budgetkürzungen, die uns von Seiten des Bundes bzw. durch Ausfall der Kommunalsteuer tatsächlich drohen.

Das ist keine Politik, die auf seriösen Ansätzen beruht und ich bin der festen Überzeugung, dass das was zur Zeit im Bereich der Straße, der Gehsteige und im Bereich des Radfahrens passiert trotz allem ein Meilenstein für die Stadt Wels ist. Wir haben uns sehr bemüht zukunftsweise zu denken und zu beschließen. Herr Mag. Teubl, ich möchte festhalten, der Budgetbeschluss mit all den enthaltenen Beschlüssen betreffend Radfahren ist im Dezember 2019 gefallen. Sie waren damals anwesend. Es gab noch keine Corona-Programme, noch keine Programme betreffend Radverkehr von Frau Minister Gewessler, weil die Koalition damals noch nicht beschlossen war. Insofern ist das nicht ganz richtig, was sie vertreten indem sie sagen, dass Frau Gewessler, die GRÜNEN oder die Bundesregierung dafür verantwortlich sind, dass wir uns entschieden haben Radwege zu bauen, weil der Beschluss dafür schon viel früher gefällt wurde.

Sie waren beim Budgetbeschluss anwesend und die im Budgetbeschluss angeführten Projekte wurden jetzt im Straßenbauprogramm umgesetzt. Ich habe StR. Hoflehner versprochen, wenn wir von der Bundesregierung tatsächlich zusätzliche Mittel für Radwege bekommen, so gebe ich ihm als Geburtstagsgeschenk diese Mittel noch obendrauf. Ich bin begeistert, weil mit diesem Geld habe ich ohnehin nicht gerechnet bzw. dass uns der Bund irgendwann irgendetwas bezahlt für diese Radwegverbindungen. Wenn das kommt bin ich erfreut, bedanke mich dafür bei der Bundesregierung und wir können vielleicht weitere Projekte in Angriff nehmen. Ich halte es für sinnvoll, dieses Projekt ist notwendig, um den Radverkehr in Wels weiterhin zu fördern und zu unterstützen.

Man kann sich über die Gesamtbudgetsumme unterhalten, wie z.B. über die Planung der Brücke Wels-Schleißheim mit über 100.000 Euro. Eine Maßnahme, die nur den Fußgängerverkehr betrifft oder ist es auch eine Radfahrbrücke? Als solche ist sie nämlich konzipiert. Auch das sind Mittel, die dem Radverkehr zu guter Letzt zumindest teilweise zur Verfügung gestellt werden. Weshalb die von ihnen kolportierte Summe aus meiner Sicht zu wenig und zu tief gegriffen ist.

Wir haben auch im Radverkehr große Schritte nach vorne gemacht. Wenn wir Geld bekommen wird dieses Budget zusätzlich erhöht. Noch einmal mein Dank an die Abteilung und an den Referenten für die kompetente Ausarbeitung.

StR. Hoflehner: Herzlichen Dank! In der Verkehrsausschuss-Sitzung wird ähnlich engagiert und kontrovers diskutiert. Da ich schon länger in der Politik bin fällt mir auf, dass wir uns dem September 2021 nähern und viele Dinge in diese Richtung gefärbt sind. In einer politischen Auseinandersetzung ist das Jahr eins nach der Wahl ein anderes als das Jahr eins vor der Wahl.

Ich schätze den GR. Schönberger sehr, bin aber nicht sein persönlicher Referent und bestreite das. Wir machen uns die Verkehrspolitik nicht in der SPÖ-Fraktion aus – dort haben wir eine Meinung dazu. Die Kollegen meiner Fraktion haben eine Meinung dazu, beschließen das meines Wissens dann in der Regel im Verkehrsausschuss bzw. hier im Gemeinderat. Ich mache die Verkehrspolitik in der Stadt Wels nicht als Privatsache zwischen GR. Schönberger und mir und im Übrigen auch mit sonst niemanden. Das möchte ich ganz genau und ernst feststellen.

Ich denke der Kontakt mit den Bürgern ist sehr intensiv in jede Richtung. Der Bürgermeister wird mir das bestätigen, weil auch dort ähnlich viele Verkehrsheraus-

forderungen einlaufen. Wir beschäftigen uns schon intensiv mit den Wünschen der Bürger. Die Herausforderung besteht darin, dass die Bürger unterschiedliche Dinge in gleichen Angelegenheiten möchten. Das ist oft sehr schwierig.

Walter, ich glaube wir haben ein visuelles Problem, das Problem mit dem halbvollen oder halbleeren Glas. Wir beide wünschen uns ein volles Glas. Ich habe genaue Berechnungen das Radwegenetz betreffend. Bitte setzen wir uns zusammen und besprechen wir das. Im Jahr 2020 nahmen wir bestimmte Dinge in Angriff, die wir in den vergangenen Jahren nicht realisieren konnten, aber schon budgetiert und Mittel dafür vorgesehen waren. Darüber können wir sehr ernsthaft und professionell diskutieren. Das hätte ich gerne persönlich gemacht.

Kollege Weidinger und ich verstehen uns wirklich gut, aber mich hat das Problem in der Neinergutstraße etwas enttäuscht. Es stimmt, der Gehweg zur provisorischen Haltestelle wurde nicht zur Gänze gemacht. Der Herr Baudirektor und ich werden versuchen das Problem zu lösen. Es macht keinen Sinn einen Geh- und Radweg 100 Meter nach der Haltestelle in einem Feld „landen zu lassen“.

Es gibt außer den Radfahrern auch noch die Fußgänger, die auch nicht unwesentlich sind. Ich hatte letztlich eine Diskussion mit Eltern über eine Ausstiegstelle für Schulkinder. Die Eltern wohnen einen Kilometer weit entfernt, 100 m von der Schule entfernt soll die Ausstiegsstelle sein – hier gehört wo, wie und was diskutiert. Nicht immer macht alles Sinn, was sich gut anhört.

Der Bürgermeister hat es als Finanzreferent schon erwähnt, möchte das aber am Beispiel des Kaiser-Josef-Platzes und der Begegnungszone festhalten. Dazu ein Vergleich aus dem Fußballbereich. Ich sehe, dass eine wirkliche, wachsende Fangemeinde betreffend Begegnungszonen, Fahrradstraßen entstanden ist. Als Verkehrsreferent finde ich das positiv und möchte auch im positiven Sinn zu bedenken geben, dass Begegnungszonen weder Allheilmittel noch das einzige Mittel sind für eine Verkehrsberuhigung zu sorgen.

Wir werden auch andere Möglichkeiten diskutieren. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Kaiser-Josef-Platz ist es schon sehr wichtig einmal zu sehen, welches Projekt wird als Sieger beim Wettbewerb hervorgehen und dann können wir unsere Maßnahmen ausrichten. Mich stimmt positiv, ich glaube zu spüren und zu hören, dass wir alle dafür sind, dass der Innenstadtbereich möglichst verkehrsberuhigt werden soll. In diesem Sinne bitte ich um Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

17.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem einem Vergleich betreffend Forderungen zum Planwertausgleich aus Altverträgen (vor der ROG-Novelle 2011) zugestimmt wird
BauD-SP-79-2018

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 15.06.2020, der Gemeinderat möge den außergerichtlichen Vergleich beschließen.

Einstimmig angenommen.

18.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 61)
BauR-269-05-6-2019

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 15.06.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (61. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) beschließen.

Einstimmig angenommen.

19.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 302/2.13 (Stadtteil Vogelweide)
BauR-269-06-6-2019

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 15.06.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 302/2.13 (Stadtteil Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

20.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 213/1.7.1 (Stadtteil Lichtenegg)
BauR-269-06-12-2019

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 15.06.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 213/1.7.1 (Stadtteil Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Laurien Scheinecker, BA

21.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 % Nettoersatzrate;
Resolution an die Bundesregierung und den Österreichischen Nationalrat
Verf-015-I-15-2020

GR. Scheinecker, BA: Beim vorliegenden Initiativantrag handelt es sich um eine Resolution an die Bundesregierung und den Österreichischen Nationalrat. Im Beschlusstext geht es um die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 % der Nettoersatzrate. Als Kommune sind wir stark betroffen, es geht um eine Willenserklärung der Stadt die Kaufkraft zu stärken. Mit Stand Juni 2020 sind beim AMS 5.647 Personen im Bezirk Wels arbeitslos gemeldet. 3.656 Personen davon sind aus der Stadt Wels, demgegenüber stehen knapp 2.000 offene Stellen. In dieser Resolution geht es primär um eine klare Absichtserklärung für die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 % Nettoersatzrate in Anbetracht dessen, dass wir unter dem OECD-Schnitt liegen mit den 55 %, die wir jetzt auszahlen. Es wäre eine tatsächliche Lebensgrundlage für Arbeitnehmer und Arbeitgeber in dieser Stadt - tatsächlich für beide. Die Covid-19-Krise hat ja die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schnellen lassen. Wir müssen uns überlegen wie wir die Wirtschaft stärken.

Dazu gibt es die unterschiedlichsten Ansätze, es gibt diverse Förderideen und Wirtschaftsimpulse. Auf der einen Seite stehen Arbeitgeber, die versuchen ihr Unternehmen zu retten, auf der anderen Seite stehen Arbeitnehmer, die sich einschränken müssen, weil sie Angst vor Arbeitslosigkeit haben. Dann gibt es Arbeitslose, die mit 55 % Nettoersatzrate tatsächlich keine Kaufkraftimpulse mehr setzen können.

Wir müssen uns überlegen wie genau retten wir die Wirtschaft, sichern wir die Lebensgrundlage der Welser. Das Problem dahinter ist ziemlich klar, wenn kein Geld zum Einkaufen vorhanden ist, wird der Arbeitgeber - sprich die Wirtschaft - sich schwer tun neue Arbeitsplätze zu schaffen, weil sie keine Abnehmer für ihre Produkte, ihre Dienstleistungen usw. hat. Bei 55 % Nettoersatzrate heißt das in den meisten Fällen, dass die Lebensgrundlage der Arbeitslosen auf Dauer nicht wirklich zu bestreiten ist.

Es gibt beim Bund zu diesem Thema diverse Diskussionen. Als Vertreter der Menschen in unserer Stadt sollte es uns ein Anliegen sein einen Appell an die Bundesregierung zu richten. Geben wir gemeinsam eine Willenserklärung ab und senden wir damit eine Botschaft an die Wirtschaft und an die Menschen in der Stadt. Wir brauchen ganz dringend eine Stärkung der Kaufkraft, eine Perspektive für die Menschen in der Arbeitslosigkeit, anstelle von Einmalzahlungen tatsächlich gesicherte Existenzen, die wir über diese Gesundheitskrise hinwegtragen.

Es ist wesentlich gerade aus der Welser Perspektive eine klare Willenserklärung abzugeben, weil wir besonders stark betroffen sind. Wir sind eine junge Stadt, wir kennen die monatlich veröffentlichten Zahlen des AMS. Wir reden hier von jungen Leuten, die eigentlich die Wirtschaft am Laufen halten sollten, aber um ihre Jobs fürchten müssen. Es wäre ein gutes Zeichen einen klaren Appell nach Wien zu schicken.

GR. Schäfer, BSc: Die Kollegin hat Recht, wir befinden uns in tatsächlich wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Man muss aber diese wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein wenig differenziert betrachten, weil beispielsweise in Oberösterreich die Arbeitslosenzahlen nicht ganz so schlecht sind wie in anderen Bundesländern. Auch die Anzahl offener Stellen ist in Oberösterreich vergleichsweise sehr hoch. Trotzdem sind es sehr schwierige Zeiten und wir als Politik müssen darauf reagieren.

Ebenso gebe ich der Kollegin Recht, das Arbeitslosengeld ist keine Aufgabe einer Kommune sondern vielmehr des Bundes. Gerade dort und im Land Oberösterreich finden viele Diskussionen statt, wie man mit dem Arbeitslosengeld umgehen sollte. Deshalb sollten wir uns als Stadt Wels ein Stück zurücknehmen und die Angelegenheit im Ausschuss nochmals besprechen. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung des Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Schäfer, BSc auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 20) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

	<u>19 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen	<u>12 Nein-Stimmen</u> (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

GR. Zaunmüller hat die Sitzung bereits verlassen.

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Änderung der Tarifordnungen der Kinderbetreuungseinrichtungen
und der Elternbeiträge für den Besuch einer ganztägigen Schulform
Verf-015-I-16-2020

GR. Scheinecker, BA: Dieser Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion bezieht sich auf die Elternbeiträge in Kindergärten, Krabbelstuben und Horte auf der einen Seite und den Elternbeiträgen für eine ganztägige Schulform in den Welser Pflichtschulen auf der anderen Seite.

In der letzten Kulturausschuss-Sitzung war ein Initiativantrag der SPÖ zum Thema Tarifordnung in den Ganztagesesschulen auf der Tagesordnung. U.a. wurde von mir die Frage gestellt, inwiefern die unterschiedlichen Kinderbetreuungseinrichtungen oder ganztägigen Schulformen mittlerweile angeglichen sind. Dazu muss ich sagen, es ist eine sehr große Detailfrage, wenig Eltern und - wie sich herausstellte - auch wenig Welser Politiker kennen diese Tarifordnungen ganz genau. Um einen Kollegen im Ausschuss zu zitieren: „Tatsache ist, dass man ganz unterschiedliche Abschlüsse hat, je nachdem in welcher Kinderbetreuungseinrichtung oder in welcher Ganztagesesschulform die Kinder untergebracht sind.“

Mit einem einfachen Beispiel versuchte ich zu argumentieren und es ersichtlich zu machen. Beispiel eine Familie mit drei Kindern. Das erste Kind geht in den Hort, das zweite Kind geht in den Kindergarten, das dritte Kind geht in die Krabbelstube. Die Eltern zahlen für das erste Kind 100 %, für das zweite Kind 70 %, für das dritte Kind 50 %. Soweit sehr einfach, wir befinden uns in der Tarifordnung des Referates von StR. Josseck-Herdt, die Kindergärten, Krabbelstuben und Horte umfasst.

Das zweite Beispiel, ein Kind dieser Familie geht in eine Ganztagesesschule der Welser Pflichtschulen. Das zweite Kind geht in den Kindergarten, das dritte Kind in die Krabbelstube. Auf einmal ändern sich diese Abschlagsquoten. Die Familie zahlt jetzt für das erste Kind 100 %, für das zweite Kind 100 % und für das dritte Kind 70 %. Das ist nicht wirklich nachvollziehbar.

Das dritte Beispiel, um aufzuzeigen wie kompliziert das vor allem aus der Sicht der Eltern ist: Das erste Kind geht in die Ganztagesesschule, das zweite Kind geht in die Ganztagesesschule und das dritte Kind ebenso. Sie zahlen für das erste Kind 100 %, für das zweite Kind 70 % und für das dritte Kind auf einmal 0 %.

Die Beispiele könnten wir endlos fortführen. Die unterschiedlichen Tarifordnungen sind aufgrund der Abschlüsse nicht nachvollziehbar, vor allem nicht für die Eltern. Sie machen eine Wertung zwischen den Kinderbetreuungseinrichtungen. Es gibt schon einen Unterschied in welche Kinderbetreuungseinrichtung und in welche Schulform die Kinder gehen, weil es Differenzen gibt.

Wir sollten insbesondere darauf Rücksicht nehmen und uns überlegen, wie können wir es für die Eltern klarer strukturieren, die Kinderbetreuungseinrichtungen vor allem im

schulischen Bereich (ganztägige Schulform in den Pflichtschulen) so angleichen, dass es beim zweiten oder dritten Kind keine Abschläge gibt. Insofern stellen wir im Initiativantrag den Antrag diese unterschiedlichen Tarifordnungen ineinander zu verschränken, dass es überall - egal in welcher Kinderbetreuungsform oder ganztägigen Schulform die Kinder gehen - ein gleiches Konzept gibt insofern, als man für das erste Kind 100 % zahlt, für das zweite Kind 70 % und für das dritte Kind – um niemanden zu benachteiligen – 0 %. Ich bitte um Diskussion.

GR. Wiesinger: Danke Laurien, dass du uns im Ausschuss darauf hingewiesen hast. Es waren die Unterschiede auch für mich neu, bin aber ein bisschen unglücklich über die Umsetzung. Vielleicht liegt es daran, dass ich mich im Ausschuss sehr über die Abschaffung dieser „Ungerechtigkeit“ ausgesprochen habe, vielleicht habe ich mich ein bisschen unglücklich ausgedrückt oder es liegt an der Tatsache, dass diese Thematik zwei Referenten betrifft. Ich ging davon aus heute einen Amtsbericht vorliegen zu haben und diesen zu beschließen. Jetzt beschließen wir nur, dass wir das eigentlich wollen.

Es ist eine Ungerechtigkeit – jedoch möchte ich darauf hinweisen, es bezieht sich nur auf die Betreuungseinrichtungen Krabbelstuben und GTS. Im Ausschuss sagte ich auch schauen wir uns an, ob es nicht noch mehr Fälle gibt, in denen man unterschiedliche Tarifordnungen anwendet. Es geht aus dem Antrag nicht hervor, ob sich alle Referate umfassend damit beschäftigen.

Ja, es gibt eine Unterstützung seitens der ÖVP für die Abschaffung dieser Ungerechtigkeit. Ich dachte wir beschließen heute bereits den entsprechenden Amtsbericht, damit die Tarifordnungen bereits im Herbst mit Schulbeginn gelten. Jetzt sind wir sowieso schon in Verzug, nützen wir die Zeit über den Sommer, schauen wir uns referatsübergreifend alles nochmal an. Daher stelle ich den Antrag zu Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag in den Präsidialausschuss zu verweisen, da mehrere Referate betroffen sind (lt. Bgm. Dr. Rabl).

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 21) in den Präsidialausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

GR. Zaunmüller hat die Sitzung bereits verlassen.

Nach Abhaltung der Bürgerfragestunde von 18.07 Uhr bis 18.12 Uhr wünscht der Herr Bürgermeister schöne und erholsame Ferien und erklärt die Sitzung des Gemeinderates für geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Für die NEOS:

Schriftführer: